



*Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
Juni 2025
Monatsbericht*

08

*Evaluation der Corona-
Wirtschaftshilfen zieht
ein positives Fazit*

14

*Künstliche Intelligenz:
Für mehr Produktivität
braucht es die richtigen
Rahmenbedingungen*



**EVALUATION DER CORONA-
WIRTSCHAFTSHILFEN ZIEHT
EIN POSITIVES FAZIT**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am 7. Mai 2025 habe ich das Amt der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie übernommen. In meiner Antrittsrede habe ich den Anspruch formuliert, den ich an meine Amtszeit habe: Das Wirtschaftsministerium muss wieder das ordnungspolitische Gewissen der Bundesregierung sein!

Die Soziale Marktwirtschaft hat unser Land über Jahrzehnte erfolgreich gemacht und für Wohlstand gesorgt. Und sie erlaubt auch weiterhin, zeitgemäße und moderne Antworten zu geben auf die Fragen, die durch die tiefgreifenden Umwälzungen unserer Zeit gestellt werden. Wir haben die Verantwortung, die bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit Vernunft so weiterzuentwickeln, dass sie den gegenwärtigen Anforderungen gerecht werden – und ihre Wirkung auch heute und morgen entfalten können.

Dazu wollen wir mehr ermöglichen statt vorgeben, mehr aktivieren statt regulieren. Wir wollen, dass Chancen ergriffen werden und dabei auch Neues ausprobiert wird. Mut, Eigenverantwortung und Risiko sollen sich lohnen. Das erfordert einen funktionierenden Rahmen für fairen Wettbewerb. Davon lebt das Unternehmertum, insbesondere im Mittelstand. Er ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, und das soll er auch bleiben. Um all das zu ermöglichen, haben wir uns viel vorgenommen. Das Ziel ist klar: Die deutsche Wirtschaft muss wieder wachsen. Dafür werde ich jeden Tag arbeiten!

Einblicke in wirtschaftspolitisch relevante Themen wird auch zukünftig in bewährter Weise der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE), die „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“, bieten. Dabei werden wir – über die Berichterstattung zur konjunkturellen



Entwicklung hinaus – auch weiterhin jenseits der großen Linien und des tagespolitischen Geschehens insbesondere über die Arbeiten der verschiedenen Abteilungen im BMWE berichten.

So werfen wir in dieser Ausgabe zunächst einen Blick zurück und berichten zur Evaluation der Corona-Wirtschaftshilfen – mit positivem Fazit. Außerdem finden Sie einen Artikel zum Potenzial Künstlicher Intelligenz für das Produktivitätswachstum aus Sicht der Wissenschaft, das auch für Deutschland erheblich ist. „Auf einen Blick“ beleuchten wir die anhaltende Divergenz von Industrie- und Dienstleistungssektor in Deutschland.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und anregende Lektüre!

Katherina Reiche
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den
Schlaglichter-Newsletter
an und verpassen Sie
keine Ausgabe mehr:
schlaglichter/newsletter



MEHR IM WEB

Schlaglichter-
Ausgaben online lesen:
[www.bundeswirtschafts-
ministerium.de/
schlaglichter](http://www.bundeswirtschaftsministerium.de/schlaglichter)

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 37 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 07 **Auf einen Blick: Anhaltende Divergenz von Industrie- und Dienstleistungssektor**
- 08 **Evaluation der Corona-Wirtschaftshilfen zieht ein positives Fazit**
- 14 **Künstliche Intelligenz: Für mehr Produktivität braucht es die richtigen Rahmenbedingungen**

Konjunktur

- 20 **Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Juni 2025**
- 27 **BIP Nowcast für das zweite Quartalk 2025**
- 29 **Den Umständen entsprechend (noch) gut – die weltwirtschaftliche Entwicklung steht unter Druck**
- 36 **Konjunkturtermine**

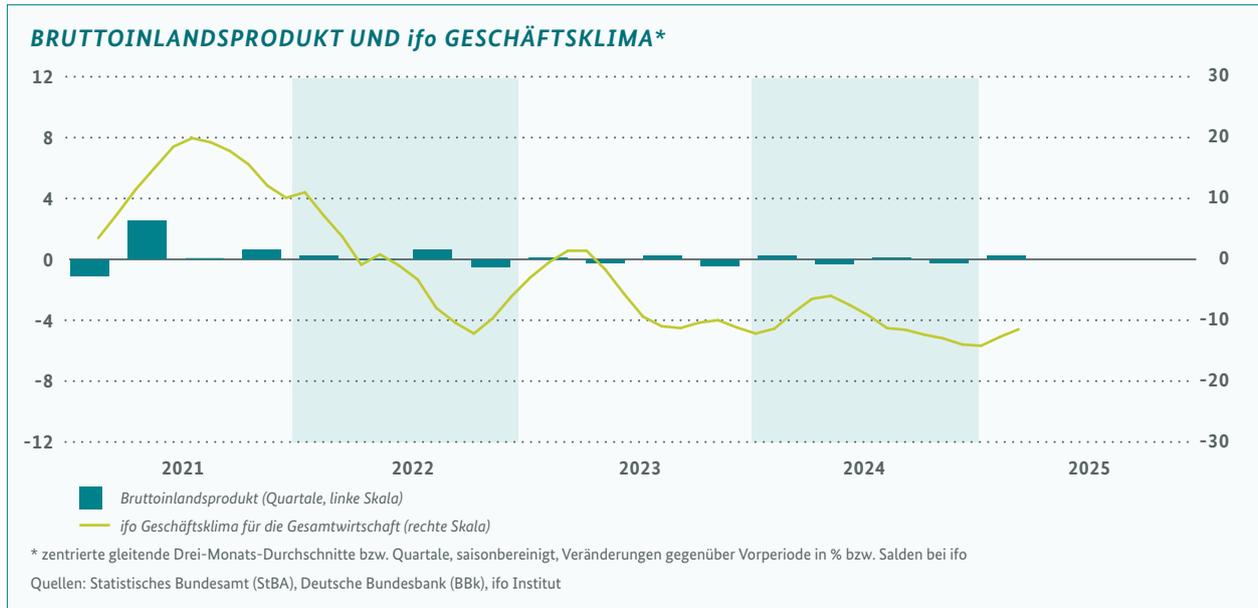
KONJUNKTURSCHLAGLICHT

Mai 2025

Leichte Wachstumsbelebung im ersten Quartal



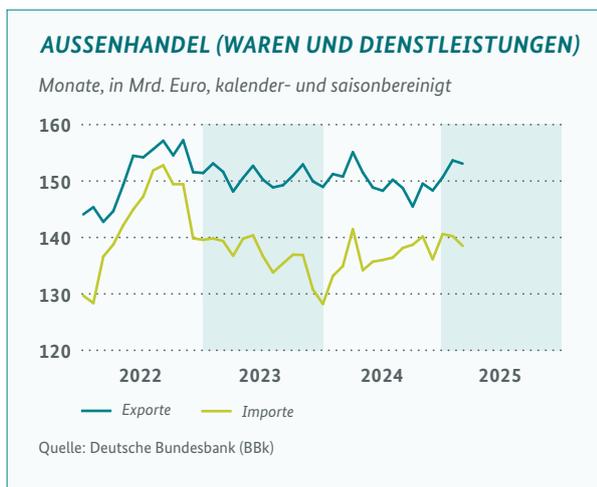
Gesamtwirtschaft



Im ersten Quartal hat sich die deutsche Wirtschaft leicht erholt. Binnenwirtschaftlich wurden der private Konsum und die Investitionen u. a. davon belebt, dass mit der absehbaren Regierungsneubildung die politische Unsicherheit zurückging. Außenwirtschaftlich sorgten die Ausfuhren für einen positiven Impuls, wobei die angekündigten US-Zollanhebungen dazu geführt haben dürften, dass Bestellungen vorgezogen wurden.



Außenwirtschaft



Der Außenhandel entwickelte sich seit Jahresbeginn sehr dynamisch. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im ersten Quartal um 3,2%, was auch auf Vorzieheffekte mit Blick auf die angekündigten US-Zollanhebungen zurückzuführen sein dürfte. Die nominalen Einfuhren expandierten im ersten Quartal mit +1,0% etwas geringer, so dass im Saldo der Handelsüberschuss mit Waren und Dienstleistungen 12,7 Mrd. Euro betrug.



Produktion

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2021 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Produktion wurde im ersten Quartal ausgeweitet. Im Produzierenden Gewerbe legte sie gegenüber dem Schlussquartal 2024 mit +1,4% merklich zu. Sowohl die Industrie (+1,7%) als auch das Baugewerbe (+0,7%) und die Energieproduktion (+1,0%) verzeichneten Zuwächse. Zu dem kräftigen Anstieg in der Industrie dürften auch vorgezogene Auslandsbestellungen beigetragen haben. Die Unsicherheit über die US-Handelspolitik drückt jedoch die Geschäfts- und Exporterwartungen. Damit könnte es wieder zu einer Abschwächung der Industriekonjunktur kommen.



Privater Konsum

GfK-KONSUMKLIMA UND EINZELHANDEL OHNE KFZ

GfK-Konsumklima, saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten Einzelhandel ohne Kfz, Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)



Arbeitsmarkt

Trotz schwacher Frühjahrsbelegung entwickelt sich der Arbeitsmarkt im April etwas besser. Die Erwerbstätigkeit hat im März mit einem Plus von 6.000 Personen leicht zugelegt; aber auch die Arbeitslosigkeit nahm im April saisonbereinigt um 4.000 Personen zu. Zwar haben sich die Frühindikatoren im April stabilisiert, insgesamt zeichnet sich angesichts der anhaltend hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheit aber weiterhin keine grundlegende Verbesserung der Beschäftigungsdynamik ab.

ARBEITSLOSE UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Arbeitslose, Monate, saisonbereinigt absolut (in 1000)
Erwerbstätige, Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1000),
Veränderung zum Vormonat



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Bei verbesserter Verbraucherstimmung haben die Umsätze im Einzelhandel etwas zugelegt. Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) sind im März gegenüber dem Vormonat leicht um 0,4% gestiegen, auch im ersten Quartal lagen sie um 0,4% über dem Vorquartal. Positiv haben sich zu Jahresbeginn die konsumnahen Bereiche Handel, Verkehr und Gastgewerbe entwickelt. Die Aufhellung der Konsumstimmung in Verbindung mit steigenden Realeinkommen dürften den privaten Konsum im weiteren Jahresverlauf stützen.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

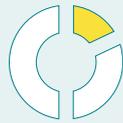
Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK





AUF EINEN BLICK

Anhaltende Divergenz von Industrie- und Dienstleistungssektor

Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen in Deutschland, im Vergleich zum 4. Quartal 2019

Abweichung ggü. 4. Vj. 2019 in Prozentpunkten



Quelle: Statistisches Bundesamt

In der öffentlichen Aufmerksamkeit steht bei der konjunkturellen Betrachtung in der Regel das Produzierende Gewerbe im Mittelpunkt. Dieses ist in der Tat aufgrund seiner zyklischen Varianz bedeutsam für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Zudem ist dessen Anteil an der gesamten Wertschöpfung mit rund einem Viertel im internationalen Vergleich nach wie vor überdurchschnittlich. Dennoch entfallen etwas mehr als 70 Prozent der Wertschöpfung auf den Dienstleistungsbereich, der neben konsumnahen Bereichen wie Handel und Gastgewerbe auch Unternehmensdienstleistungen wie Verkehr, Finanz-, Versicherungs-, Informations- und Kommunikations- sowie öffentliche Dienstleistungen (Erziehung, Gesundheit, Verwaltung) umfasst.

Beim Vergleich der Entwicklung beider Bereiche zeigt sich seit der Corona-Pandemie eine auffällige Divergenz: Nach dem deutlichen Einbruch der Wertschöpfung sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch bei den Dienstleistungen infolge der allgemeinen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen im ersten Halbjahr 2020 erholten sich die eher

binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungen – nicht zuletzt auch infolge der umfangreichen staatlichen Stützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen – stetig. Zum Jahresende 2024 lag deren Wertschöpfung bereits rund sieben Prozentpunkte über dem Niveau zum Jahresende 2019.

Anders sieht das Bild bei der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe aus: Auch hier war nach dem Einbruch im Zuge der Corona-Einschränkungen eine rasche Erholung zu erkennen, allerdings verblieb die Wertschöpfung unter dem Niveau zum Jahresende 2019 und schwächte sich nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der damit zusammenhängenden Energiepreiskrise im Jahr 2022 nochmals ab, was die Divergenz zum Dienstleistungssektor verstärkte.

Eine spürbare Erholung der industriellen Wertschöpfung und ein „Aufholen“ gegenüber den Dienstleistungen setzt voraus, dass geopolitische Unsicherheiten sinken, die weltwirtschaftliche Nachfrage wieder steigt und sich die preisliche Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft strukturell verbessert (z. B. Energiepreise).

Evaluation der Corona- Wirtschaftshilfen zieht ein positives Fazit



Das plötzliche Auftreten der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 stellte Deutschland vor eine ungeahnte Belastungsprobe. Mit drastischen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung bis hin zu monatelangen Lockdowns versuchte die Politik gegenzusteuern. Um die Folgen der Maßnahmen für die betroffene Wirtschaft in Grenzen zu halten, legte die Bundesregierung verschiedene Hilfsprogramme auf. Unter dem Begriff „Corona-Wirtschaftshilfen“ werden die Soforthilfen, Überbrückungshilfen, Neustarthilfen, außerordentlichen Wirtschaftshilfen (November- und Dezemberhilfe) sowie die Härtefallhilfen zusammengefasst. Die Wirkung dieser Corona-Wirtschaftshilfen lässt das BMWF im Rahmen einer Evaluation untersuchen, deren erster Teil jetzt vorliegt und in Kürze veröffentlicht wird. Die Evaluation zieht insgesamt ein positives Fazit der Corona-Wirtschaftshilfen. Die Ziele der Hilfen – die Sicherung der Existenz von im Kern gesunden Unternehmen, die Stabilisierung der Wirtschaft und die Ermöglichung einer schnellen Erholung nach der Pandemie – wurden erreicht und die administrativen Kosten für die Umsetzung der Hilfen waren angemessen.

CORONA-WIRTSCHAFTSHILFEN ADRESSIERTEN AUSNAHMESITUATION

Die Corona-Pandemie und die für die Eindämmung notwendigen Gesundheitsmaßnahmen führten zu massiven Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland. Ein Großteil der Unternehmen war unmittelbar oder mittelbar von den Maßnahmen betroffen. Insbesondere Kleinst- und kleine Unternehmen sowie Soloselbstständige, im Verlauf der Pandemie aber auch größere Unternehmen, hatten keine ausreichenden Liquiditätspuffer, um die coronabedingten Umsatzeinbrüche abfedern zu können. Staatliche Hilfen waren erforderlich, um diese präzedenzlosen Einschränkungen zu kompensieren und wirtschaftliche Substanz in Deutschland zu erhalten.

sieren und wirtschaftliche Substanz in Deutschland zu erhalten.

Die Bundesregierung schuf einen Katalog an umfassenden Maßnahmen, um die Unternehmen in der durch die Krise verursachten Notlage zu unterstützen (vgl. auch Überblickspapier „Lessons Learned“ vom 27. Juni 2022 [hier](#)), und entwickelte diese Maßnahmen sukzessive weiter. Dazu zählten neben Corona-Wirtschaftshilfen in Form direkter Zuschüsse auch weitere Instrumente wie eine erleichterte Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes, ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Rekapitalisierung, verschiedene Eigen- und Fremdkapitalprogramme (z. B. KfW-Sonderprogramme) und die Aufhebung der Insolvenzanmeldepflicht.

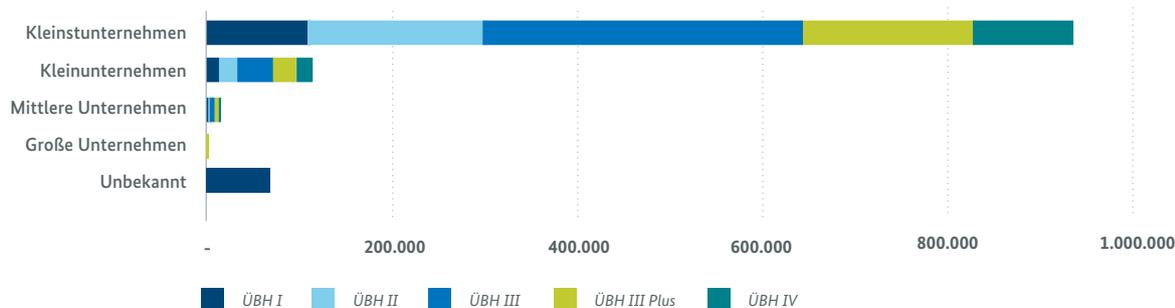
Zu den Corona-Wirtschaftshilfen liegt jetzt eine erste Evaluation vor (Prognos/ZEW, 2025). Insgesamt wurden über diese Corona-Wirtschaftshilfen rd. 76 Mrd. Euro für rund 4,1 Mio. Anträge ausgezahlt. Besonders viele Antragsteller waren dabei Kleinst- und kleine Unternehmen (vgl. Abbildung 1 für Überbrückungshilfen). Auch wenn die Schlussabrechnung der Überbrückungs- und außerordentlichen Wirtschaftshilfen noch nicht abgeschlossen ist (die Schlaglichter der Wirtschaftspolitik berichteten im [April 2025](#) ab S. 19), kann ein erstes Fazit gezogen werden.

WIRKSAMKEIT UND WIRTSCHAFTLICHKEIT DER WIRTSCHAFTSHILFEN WURDEN UMFASSEND UNTERSUCHT

Mit der Evaluation der Corona-Wirtschaftshilfen wurden nach einer Ausschreibung die Prognos AG sowie das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW beauftragt. Die Untersuchung wurde dabei in zwei Teile geteilt. Im jetzt vorliegenden ersten Teil wurde untersucht,



ABBILDUNG 1: ANZAHL DER ANTRÄGE IM RAHMEN DER ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN I, II, III, III PLUS UND IV NACH UNTERNEHMENSGRÖÖSE, FÖRDERZEITRAUM JUNI 2020 BIS JUNI 2022



Quelle: Bewilligungsstellen der Länder und BMWF, Stand vom 01.01.2024. Eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2024. Die Einstufung als Unbekannt ist auf die anfänglich fehlende Abfrage der Unternehmensgröße im Antragsverfahren zurückzuführen.

1. ob die Ziele der Corona-Wirtschaftshilfen erreicht wurden,
2. ob die Programme dazu beigetragen haben, diese Ziele zu erreichen, und welche geplanten und ungeplanten Effekte aufgetreten sind,
3. ob die Maßnahmen und der Vollzug wirtschaftlich waren und
4. wie künftige Hilfen in vergleichbaren Krisen verbessert werden können.

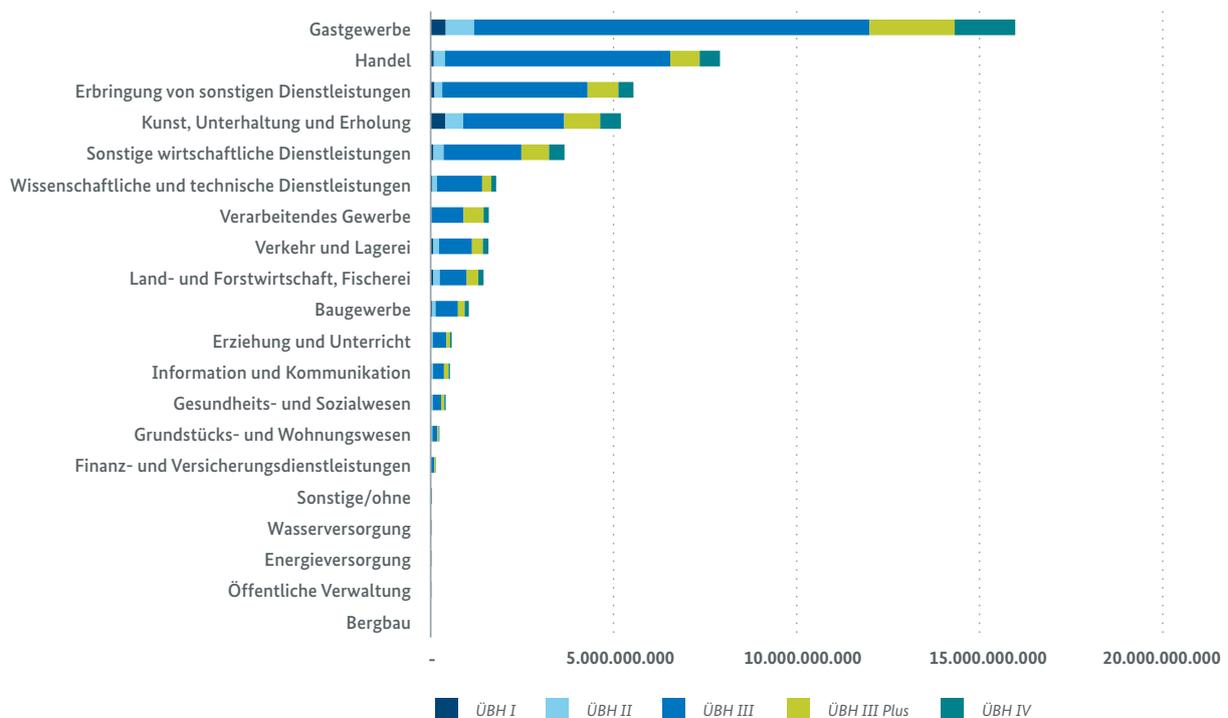
Dabei kamen verschiedene qualitative und quantitative Methoden zur Anwendung, u. a. Datenanalysen (Struktur- und Kontrollgruppenanalysen), Vollzugskostenerhebungen, Prozessanalysen, Online-Befragungen der Zuschussempfängerinnen und -empfänger, Interviews mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, Vertreterinnen und Vertretern der Administration, Expertinnen und Experten sowie Branchenvertretungen. Im zweiten Teil der Evaluation sollen vertiefende Analysen insbesondere im Hinblick auf kausale Effekte durchgeführt werden.

POSITIVES FAZIT: DIE GESETZTEN ZIELE KONNTEN ERREICHT WERDEN

Der erste Teil der Evaluation zieht insgesamt ein positives Fazit der Corona-Wirtschaftshilfen, da sie signifikant zur Kompensation von Liquiditätsengpässen der Unternehmen und damit zur Existenzsicherung betroffener Firmen sowie den damit verbundenen Arbeitsplätzen beigetragen haben. Eine konservative Schätzung des Effekts der Hilfen zeigt, dass in den Jahren 2020 und 2021 rund 136.000 Unternehmen sowie Arbeitsplätze von rund 283.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen Unternehmen (mit bis zu zehn Beschäftigten) sowie von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern bzw. Inhaberinnen und Inhabern von Personengesellschaften erhalten werden konnten. Die Effekte für größere Unternehmen und längere Zeiträume sind auf Basis der vorliegenden Daten aktuell nicht abschätzbar. Eine vertiefte und auf Folgejahre erweiterte Analyse, die damit auch weitere Aspekte wie den Erhalt der Wirtschaftsstruktur durch Verhinderung der Aufzehrung von Rücklagen und des Eigenkapitals umfasst, erfolgt im zweiten Teil der Evaluation. Aufgrund der Parallelität der Corona-Wirtschaftshilfen mit den anderen



ABBILDUNG 2: HÖHE DER AUSZAHLUNGEN IM RAHMEN DER ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN I, II, III, III PLUS UND IV NACH BRANCHENABSCHNITT, IN EURO, FÖRDERZEITRAUM JUNI 2020 BIS JUNI 2022



Quelle: Bewilligungsstellen der Länder und BMWF, Stand vom 01.01.2024. Eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2024.

o.g. Maßnahmen wie bspw. einem erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld oder verschiedenen Kreditprogrammen ist jedoch eine eindeutige Rückführung der Zielerreichung auf eine einzelne Hilfslinie allein nicht möglich. Vielfalt und Komplementarität der Maßnahmen haben die notwendige Wirkung entfaltet.

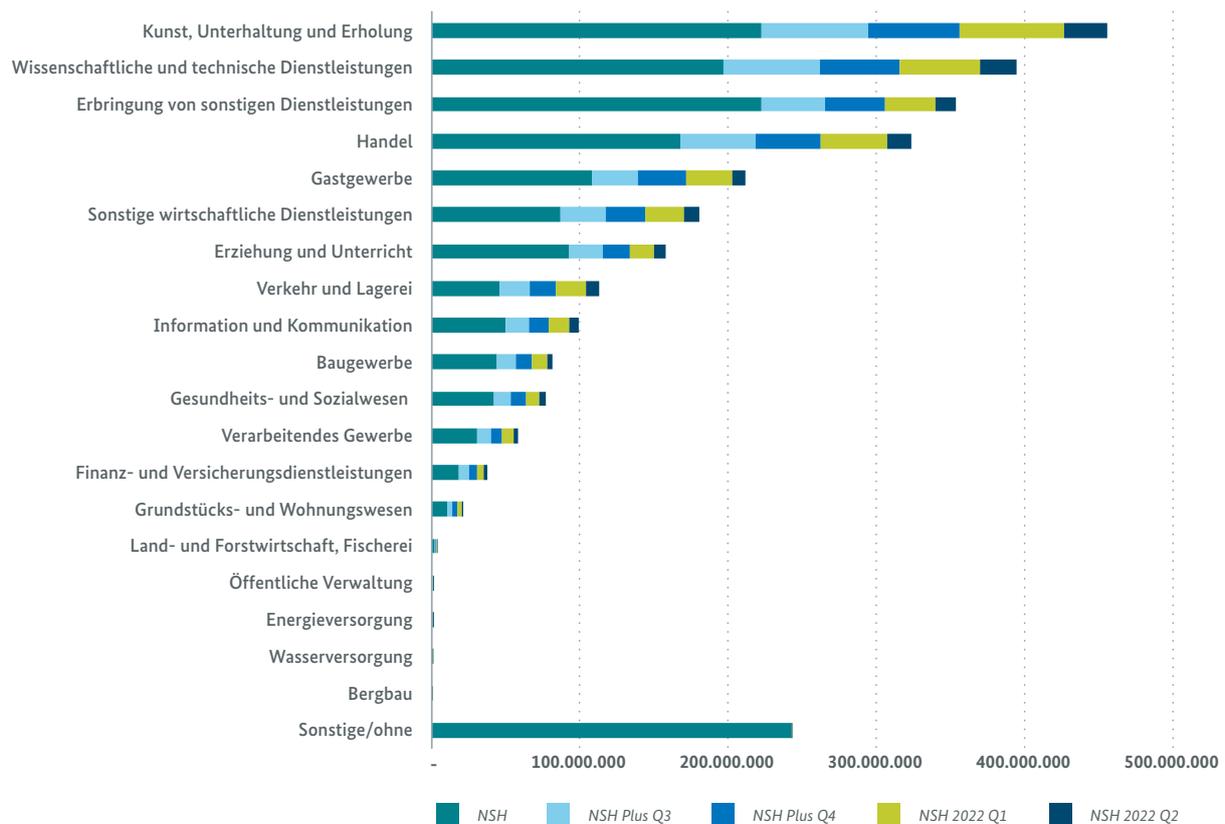
Prognos und ZEW stellen in dem Bericht fest, dass die Corona-Wirtschaftshilfen den Bedürfnissen unterschiedlicher Zielgruppen Rechnung tragen konnten, weil sie die besonders betroffenen Unternehmen erreicht haben. Insgesamt floss, wie vorgesehen, der Großteil der Hilfen an Klein- und kleine Unternehmen. Die Branchen mit den höchsten coronabedingten Umsatzeinbrüchen wie das Gastgewerbe, der Dienstleistungssektor sowie der Handel haben in den Überbrückungshilfen den überwiegenden Teil der Hilfen erhalten (vgl. Abbildung 2). Die Neustarthilfen flossen entsprechend überwiegend an die Sektoren Kunst, Unterhaltung und Erholung, Dienstleistungen sowie den Handel (vgl. Abbildung 3).

DIE HILFEN WURDEN WIRTSCHAFTLICH UMGESETZT

Die Bewilligungsstellen der Länder – zumeist Landesförderbanken; in drei Ländern aber auch Bezirksregierungen, ein Ministerium und eine IHK – haben die Hilfen umgesetzt. Die Bundesregierung hat von Anfang an die ausbezogenen Mittel und später (ab den Überbrückungshilfen) für alle Hilfslinien eine zentrale Antrags- und Verfahrensplattform bereitgestellt. Neben der allgemeinen Ausgestaltung der Hilfen (Antragstellung auf Prognosebasis; großzügige Abschlagszahlungen) hat insbesondere diese Plattform wesentlich zur Beschleunigung der Verfahren beigetragen und zu Kostensenkungen geführt. Eine Befragung im Rahmen der Evaluation hat bestätigt, dass die Umsetzungsgeschwindigkeit der Hilfen positiv gesehen wurde. Zwischen 68 und 84 Prozent der Befragten haben die Auszahlungszeiten als angemessen bewertet. Insgesamt wurden 2,18 Prozent der insgesamt eingesetzten Mittel für Vollzugskosten eingesetzt

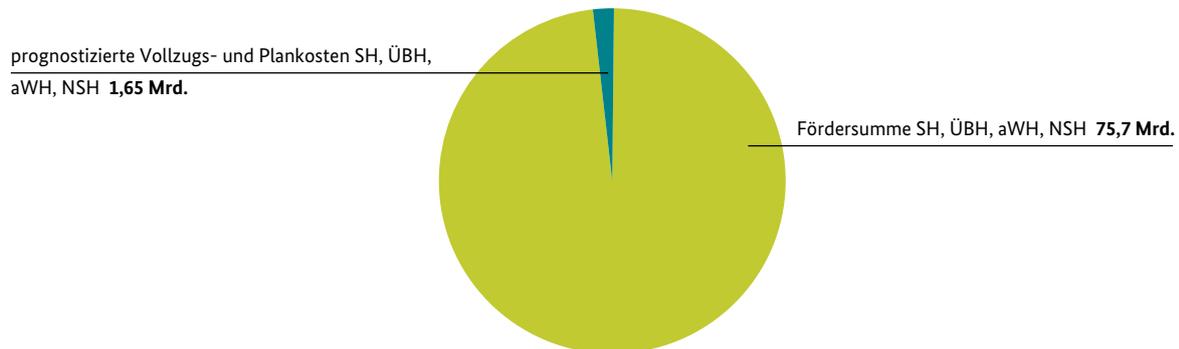


ABBILDUNG 3: HÖHE DER AUSZAHLUNGEN IM RAHMEN DER NEUSTARTHILFE, NEUSTARTHILFE PLUS UND NEUSTARTHILFE 2022 NACH BRANCHENABSCHNITT, IN EURO, FÖRDERZEITRAUM JANUAR 2021 BIS JUNI 2022



Quelle: Bewilligungsstellen der Länder und BMWF, Stand vom 01.01.2024. Eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2024. Sonstige/ohne ist auf die anfänglich fehlende Abfrage der Branche im Antragsverfahren zurückzuführen.

ABBILDUNG 4: ANTEIL DER VOLLZUGS- UND PLANKOSTEN AN DER FÖRDERSUMME, ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN, AUßERORDENTLICHE WIRTSCHAFTSHILFEN UND NEUSTARTHILFEN



Quelle: Bewilligungsstellen der Länder und BMW, Stand vom 01.01.2024. Eigene Berechnungen und Darstellung Prognos AG 2024.

(vgl. Abbildung 4). Die Evaluation stellt fest, dass die Vollzugskosten damit in einem wirtschaftlichen Verhältnis zu den ausgereichten Hilfen stehen.

Die Einbeziehung der sogenannten prüfenden Dritten hat bei der Optimierung der Prozesse ebenfalls geholfen. Solche prüfende Dritte waren Steuerberaterinnen und -berater (inklusive Steuerbevollmächtigten), Wirtschaftsprüferinnen und -prüfer, vereidigte Buchprüferinnen und -prüfer sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die als besonders vertrauenswürdige Instanzen die Qualität der Antragsdaten verbessert und damit zur Identifizierung von unbegründeten Anträgen beigetragen haben. Die Länder, denen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Hilfen zukam, haben die Kommunikation mit dem Bund insgesamt positiv bewertet. Auch die Evaluation zieht hinsichtlich der organisatorischen Trennung der Verantwortung von Konzeption und Umsetzung insgesamt ein positives Fazit.

DER INTERNATIONALE VERGLEICH ZEIGT EINE ÄHNLICHE VORGEHENSWEISE WIE IN DEUTSCHLAND

Der Vergleich der Maßnahmen in Deutschland mit denen europäischer Nachbarländer zeigt, dass die Bundesregierung entsprechend dem Wirtschaftseinbruch und der Größe der deutschen Volkswirtschaft angemessen reagiert hat (vgl. Abbildung 5). Es zeigt sich, dass Zuschussprogramme ein probates Mittel waren, um die coronabedingten Umsatzverluste zu kompensieren.

DIE EVALUATION WERTET DIGITALE PLATTFORM POSITIV UND EMPFIEHLT WEITEREN AUSBAU

Mit der digitalen Antrags- und Verfahrensplattform wurde innerhalb weniger Wochen ein umfassendes E-Govern-

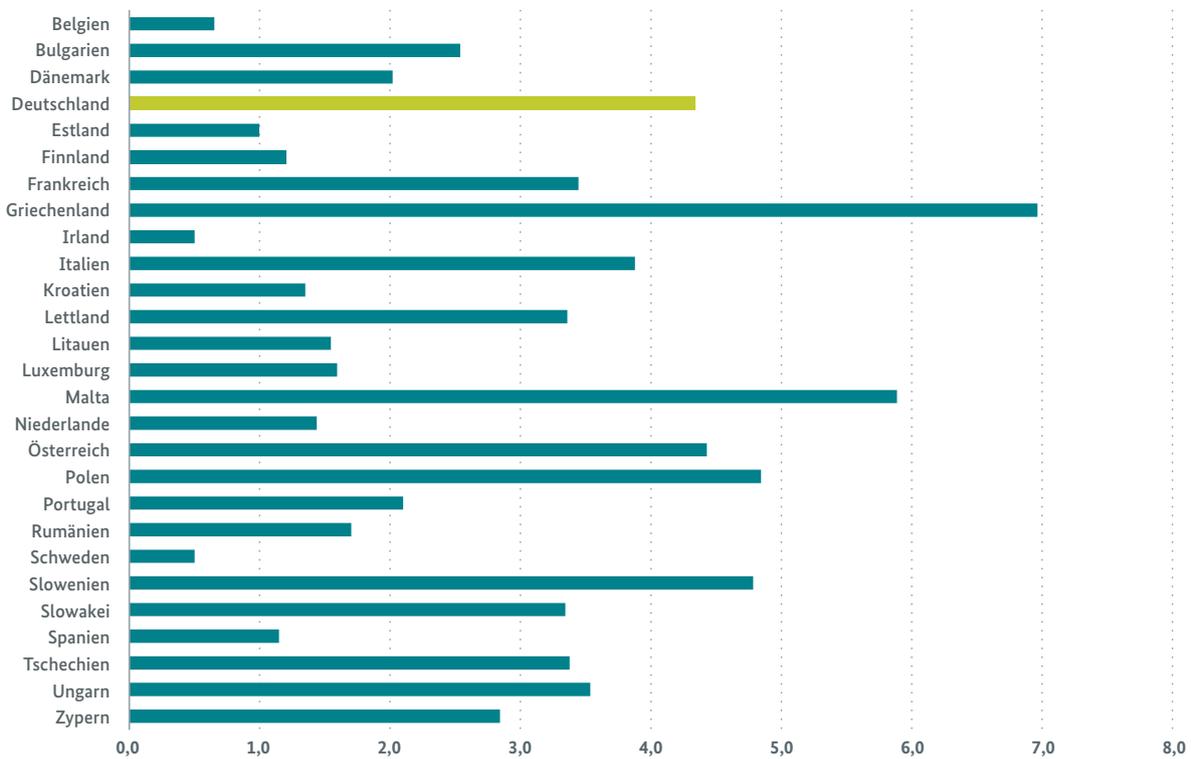
ment-Projekt im Themenfeld des Online-Zugangsgesetzes umgesetzt. Die Evaluation stellt fest, dass die schnelle Bereitstellung einer einheitlichen digitalen Plattform für die Beantragung, Bewilligung und Auszahlung von Zuschussprogrammen wie den Corona-Wirtschaftshilfen, d. h. zusammenhängender und regional verwalteter Hilfslinien, ein zentraler Erfolgsfaktor ist. In solchen Fällen hilft auch die Einbindung intermediärer Akteure (im Fall der Corona-Wirtschaftshilfen die prüfenden Dritten). Diese tragen durch Vorprüfungen bzw. durch ihre Kenntnis der Unternehmen zu einer deutlichen Verbesserung der Datenqualität bei.

Herausgehoben wird in der Evaluation auch, dass alle Prüfroutinen (Stichproben, Vollerhebung) künftig bei der Konzeption von Anfang an mitberücksichtigt werden sollten. Hierdurch könnte sowohl bei den Zuschussempfängerinnen und -empfängern als auch bei den Umsetzungsverantwortlichen eine deutliche Entlastung erzielt werden. Aufgrund der hohen Dynamik konnte das bei der Soforthilfe (der ersten Hilfslinie von März bis Mai 2020) noch nicht ausreichend berücksichtigt werden und hat zu Unzufriedenheit bei Antragstellerinnen und -stellern geführt. Dieses Defizit wurde bei den weiteren Programmen behoben.

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wird in der Evaluation insgesamt als eine Stärke im Krisenmanagement der Bundesregierung angesehen. Während die Länder auf der politischen und teilweise administrativen Ebene in die Konzeption und Umsetzung der Zuschussprogramme eng involviert waren, wäre eine frühe Einbindung weiterer Akteure (z. B. Finanzverwaltungen der Länder) bei der Gestaltung prozessualer und technischer Schnittstellen in Zukunft wünschenswert.



ABBILDUNG 5: BEREITGESTELLTES BUDGET FÜR BEIHILFEMAßNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER CORONA-PANDEMIE IN DEN JAHREN 2020, 2021 UND 2022, ANGABEN IN PROZENT DES JEWEILIGEN NATIONALEN BIP



Quelle: Scoreboard State Aid data der Europäischen Kommission, Stand April 2024. Eigene Darstellung Prognos AG 2024.

Die Erhebung und die strukturierte Sammlung und Dokumentation von Antrags-, Bewilligungs- und Unternehmensdaten als Grundlage für Monitoring und Evaluation sollten künftig von Anfang an eingeplant werden. Dies betrifft die Vereinheitlichung von Erhebungseinheiten, Kategorisierungen sowie die Kennzeichnung der Daten. Damit würde die Informationsqualität programmbegleitend wie auch in der Ex-post-Betrachtung deutlich verbessert werden.

Die Evaluation zeigt insgesamt, dass Bundesregierung und Länder – vor dem Hintergrund der präzedenzlosen Lage, der Notwendigkeit einer schnellen und umfassenden Reaktion und der komplexen Struktur der deutschen Wirt-

schaft – mit den Corona-Wirtschaftshilfen angemessen und wirtschaftlich auf die Pandemie reagiert haben. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: VIIA3 – Überbrückungshilfen

schlaglichter@bmwk.bund.de

Prognos AG/Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2025): Evaluation der Corona-Wirtschaftshilfen des Bundes, Soforthilfen, Überbrückungshilfen, außerordentliche Wirtschaftshilfen, Neustarthilfen, Härtefallhilfen – Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.



Künstliche Intelligenz: Für mehr Produktivität braucht es die richtigen Rahmenbedingungen

Künstlicher Intelligenz (KI) wird ein hohes Potenzial für ökonomische und gesellschaftliche Disruption zugeschrieben. Auch im Bereich der Produktivitätsentwicklung sind die Erwartungen groß. KI kann bereits heute Arbeitsprozesse massiv vereinfachen und beschleunigen. Daher lohnt es sich – abseits von utopischen bzw. dystopischen Zukunftsvisionen –, auf Basis aktueller Studien einen Blick auf konkret zu erwartende Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung zu werfen.

Aktuelle Studien untersuchen die direkten gesamtwirtschaftlichen Effekte von Künstlicher Intelligenz auf die Produktivität. Direkte Effekte ergeben sich aus dem Wegfall oder der Vereinfachung, Beschleunigung oder Erweiterung von Arbeitsprozessen in Unternehmen und Wertschöpfungsnetzwerken.¹ Neben den direkten Effekten gibt es indirekte Produktivitätseffekte der KI, welche aber nur schwer zu quantifizieren und daher nicht Teil der Schätzungen sind.

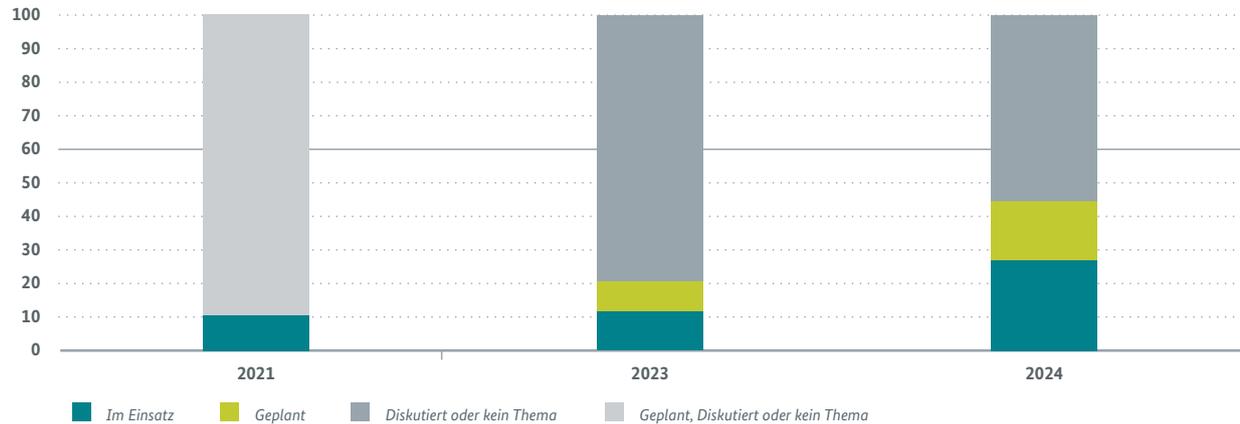
Dabei geht es insbesondere um Innovationen bzw. den Bereich Forschung und Entwicklung (F&E), wie z. B. die Entdeckung neuer Materialien. KI könnte darüber hinaus auch zur verbesserten Verbreitung von F&E-Ergebnissen in der Volkswirtschaft beitragen und sich selbst durch KI verbessern.

NUTZUNG VON KI IN UNTERNEHMEN NIMMT DEUTLICH ZU

In der jüngeren Vergangenheit hat die Nutzung von KI in Deutschland deutlich zugenommen (siehe Abb. 1). Laut Veröffentlichungen des ifo Instituts (2024) verwenden 27 % (2023: 12 %) der Unternehmen in Deutschland im Jahr 2024 mindestens eine KI-Technologie, 17,5 % planen den Einsatz und weitere 34 % diskutieren ihn. Bisher scheinen aber vor allem große Unternehmen KI zu nutzen. Die Anwendung ist besonders im Bereich der In-



¹ Die Studien und auch dieser Artikel untersuchen maßgeblich Effekte aktuell verfügbarer, sogenannter schwacher KI, die auf spezifische Aufgaben oder Problemlösungen beschränkt ist. Eine starke KI würde mit einer der menschlichen vergleichbaren Intelligenz und der Eigenschaft der Selbsterkenntnis einhergehen.

ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG DES EINSATZES VON KI IN UNTERNEHMEN (DEUTSCHLAND)

Quellen: Eurostat, ifo Institut

formations- und Kommunikationstechnologien und Dienstleistungen sowie der Unternehmensdienstleistungsbranche verbreitet. Im internationalen Vergleich zeigen die USA weiterhin das mit Abstand größte Investitionsvolumen und die größte Investitionsdynamik bei KI (AI Index Report 2024). Auf Platz zwei findet sich beim kumulierten Investitionsvolumen (2013–2023) China; Europa (EU und UK) landet auf dem dritten Platz.

DIREKTE PRODUKTIVITÄTSEFFEKTE ENTSPRECHEN FRÜHEREN TECHNOLOGIETRANSFORMATIONEN

Die Effekte der KI auf die Produktivitätsentwicklung können entweder für die Arbeitsproduktivität (Output auf Basis des Arbeitseinsatzes) oder für die sogenannte Totale Faktorproduktivität (Output auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital) analysiert werden.

Aktuelle Studien ermitteln eine große Spannweite für die zu erwartenden jährlichen Beiträge von KI zur Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität von 0,1-1,7 Prozentpunkten (siehe Abb. 2, Spannweite ohne McKinsey)², der Durchschnitt (ohne McKinsey) liegt bei ca. 0,8 Prozentpunkten. Der Durchschnitt (ohne McKinsey) der Schätzungen für die Totale Faktorproduktivität (TFP) von 0,5 Prozentpunkten liegt nahe, aber unter den historischen Effekten der IKT-Revolution (0,8%) oder der Elektrifizierung (1,3%). Für Deutschland könnte dieses dennoch einer Verdopplung der

durchschnittlichen Produktivitätswachstumsrate der letzten zehn Jahre entsprechen.

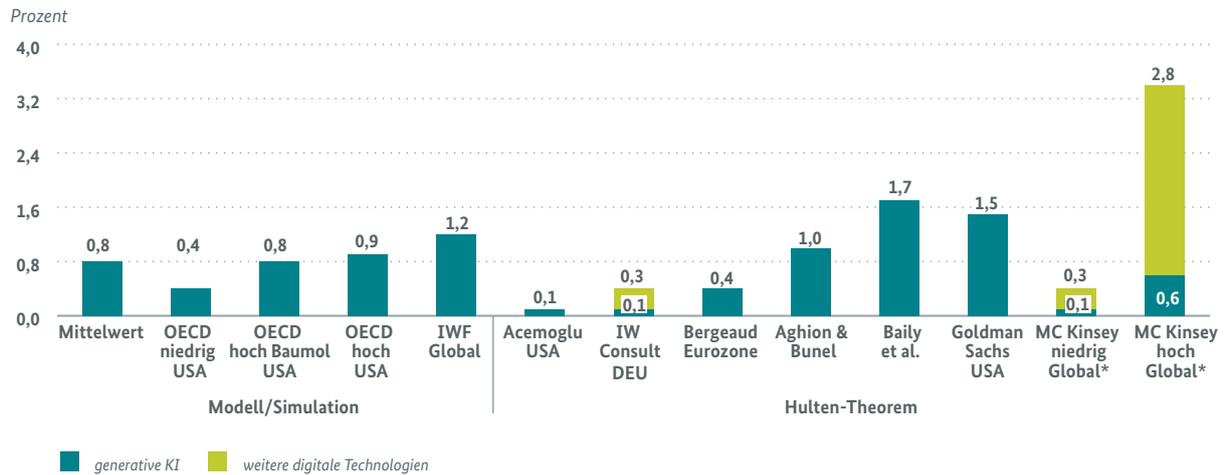
Die große Spannweite der Ergebnisse kann auf unterschiedliche methodische Ansätze und verschieden stark ausgeprägte Annahmen zurückgeführt werden³. So weisen Studien, die auf der Aggregation von Effekten einzelner Berufe bzw. Tätigkeiten basieren (sog. Hulten-Theorem), grundsätzlich höhere Effekte auf als gesamtwirtschaftliche Modellsimulationen (siehe Abb. 3 für eine Übersicht der Annahmen der einzelnen Studien). Schätzungen von Unternehmensberatungen liegen zudem allesamt im oberen Feld. Gesamtwirtschaftliche Modelle simulieren, wie sektorale Produktivitätsänderungen über geänderte Preise in den jeweiligen Sektoren zu einer Verschiebung von Arbeitskräften, Kapital und Vorleistungen aus anderen Sektoren und damit zu sektoralen und aggregierten Produktivitätszuwächsen führen können. So können zusätzlich potenzielle negative Gleichgewichtseffekte, wie die Baumol'sche Kostenkrankheit, aber auch positive (sektorale) Spillover-Effekte abgebildet werden. Die Baumol'sche Kostenkrankheit beschreibt ein Phänomen, bei dem höhere Produktivität in wenigen Branchen dazu führt, dass sich der Anteil der (unproduktiveren) Dienstleistungen und Industriebranchen am Konsum erhöht. Dies schwächt wiederum die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekte ab.

Berechnungen speziell für Deutschland haben IW Consult (2025), Bergeaud (2023) und die OECD



² Die Studie von McKinsey weicht in diversen Dimensionen ab und kann deshalb nur schwer verglichen werden (z.B. gleichzeitige Nutzung von Robotik, Zeithorizont).

³ Zentral ist hier der Anteil der Tätigkeiten in den jeweiligen Jobs, die (i) durch KI betroffen sein können („Exposure“), die (ii) davon jeweils auch wirtschaftlich automatisiert werden können („Adoption“), sowie (iii), die durchschnittlichen Produktivitätsgewinne („Micro-level gains“).

ABBILDUNG 2: STUDIENVERGLEICH ZU DEN KI-WACHSTUMSBEITRÄGEN IN DEN NÄCHSTEN ZEHN JAHREN

Hinweis: TFP-Ergebnisse wurden, wenn nötig, auf Basis eines Kapitalmultiplikators von 1,5 umgerechnet.

* Betrachtungszeitraum bis 2040 und Definition der KI ggf. nicht vergleichbar. Nicht Teil des Mittelwerts.

OECD niedrig = niedrige „Adoption“; OECD hoch = höhere „Adoption“ sowie höhere KI-Fähigkeiten („Exposure“).

(2024) durchgeführt, wobei in den letzten beiden Studien die erwarteten Effekte für Deutschland nahe der Hauptschätzung (Abbildung 1) liegen.

WETTBEWERBSPOLITIK, SEKTORÜBERGREIFENDER EINSATZ UND ANWENDUNG DURCH KMU ZENTRAL, UM HERAUSFORDERUNGEN ZU ADRESSIEREN

Die Baumol'sche Kostenkrankheit kann die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekte von KI entschieden reduzieren. In den OECD-Szenarien vermindert der „Baumol“-Effekt den Wachstumsbeitrag der KI um ca. 1/6 bis 1/3. Je größer die Produktivitätsunterschiede zwischen den Sektoren, desto größer der „Baumol“-Effekt. Daher können sich positive Produktivitätseffekte insbesondere dann ergeben, wenn KI sektorübergreifend Anwendung findet, mittel- bis langfristig auch Robotik einbezogen und zudem vermehrt in kleinen und mittleren Unternehmen eingesetzt wird. Die breite Anwendung von KI erfordert zudem Investitionen in digitale Infrastrukturen, bereits vorhandene Technologien (z. B. Cloud-Computing, OECD, 2024) und eine entsprechende Qualifikation der Arbeitskräfte. So können potenzielle Jobverluste durch KI reduziert und die Komplementarität der KI am Arbeitsmarkt erhöht werden.

Für die Entwicklung wirtschaftlicher KI-Modelle gelten fünf Input-Faktoren als zentral (Infrastruktur, Rechenleistung, Daten, Kapital und Fachkräfte), diese sind aktuell aber in den Händen weniger Big-Tech-Unternehmen konzen-

triert (siehe hierzu Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, [Ausgabe April 2025](#)). Durch diese Marktmachtkonzentration kann Künstliche Intelligenz (unbeabsichtigte) Kollusion ermöglichen und dadurch zu wachstumshemmenden Effekten wie Intransparenzen und Pfadabhängigkeiten führen. Eine kluge Wettbewerbspolitik und Regulatorik kann dem entgegenwirken, indem sie u. a. hohe Marktkonzentrationen auf KI-Märkten und Preisdiskriminierung durch KI verhindert sowie Anreize für die Etablierung von Open-Source-KIs setzt. Vor diesem Hintergrund sieht der Koalitionsvertrag 2025 eine Expertenkommission „Wettbewerb und KI“ beim Bundeswirtschaftsministerium vor.

Der Sicherstellung von ausreichend Wettbewerb kommt eine Rolle weit über die ökonomische Sphäre hinaus zu. Effektive wettbewerbliche Rahmenbedingungen können die Nutzung und gesellschaftliche Integration der KI an gesellschaftlichen Zielvorstellungen ausrichten sowie dabei helfen, potenzielle Risiken und Fehler in den KI-Modellen und Anwendungen zu identifizieren.

Ein zu hohes Maß an Regulierung bzw. deren Zunahme scheint im Ländervergleich tendenziell negativ mit dem Wachstum digitaler Märkte korreliert zu sein. Japan zeigt jedoch, dass striktere Regulierung und Wachstum digitaler Märkte auch einhergehen können (IW Consult, 2025) und es auf die konkrete Ausgestaltung der Regulatorik ankommt. —



ABBILDUNG 3: KERNANNAHMEN UND METRIKEN AUSGEWÄHLTER MAKROÖKONOMISCHER STUDIEN

Methode	Studie	Region	„Exposure“	„Adoption“	Produktivität (Mikro)	Aggr. Produktivität
Hulten-Theorem	Acemoglu (2025)	USA	20 % Eloundou et al. (2024)	23 % (Svanberg et al., 2024)	+27 % (cost saving)	+0,1 % Pt p. a.
	IW Consult (2025)	DEU	19 %	23-80 %	+29% (cost saving)	+0,1-0,3 % Pt p. a.
	Bergeaud (2024)	EU & MS	43 %	ca. 40 %	+35%	+0,4 % Pt p. a.
	Aghion & Bunel (2024)*	USA	60 %	50 % (Extremfall, Svanberg et al., 2024)	+40 %	+1,0 % Pt p. a.
	Goldman Sachs (2023)	USA & andere	ca. 2/3	ca. 50 %	+30 %	+1,5 % Pt p. a.
	MC Kinsey (2023)	Global & Länder (u. a. DEU)	über die Zeit modelliert; 2030 ca. 75 %	über die Zeit modelliert; 2030 zwischen ca. 5-70 %	Nicht berichtet	+0,4-3,4 % Pt p. a.
	Baily et al. (2023)	/	Insgesamt 60 %		+30 %	+1,7 % Pt p. a.
Simulation	OECD (2024) niedrig	USA (Übertrag auf u. a. DEU)	20 % Eloundou et al. (2024)	23 % (Svanberg et al., 2024)	+30 %	+0,4 % Pt p. a.
	OECD (2024) hoch	USA (Übertrag auf u. a. DEU)	Eloundou et al. (2024); & erweiterte KI-Fähigkeiten	40 %	+30 %	+0,9 % Pt p. a.
	OECD (2024) hoch Baumol	USA (Übertrag auf u. a. DEU)	Eloundou et al. (2024); & erweiterte KI-Fähigkeiten	40% (auf Branchenebene jedoch ungleicher verteilt)	+30 %	+0,8 % Pt p. a.
	IWF (2023)	Global & Regional/UK	ca. 40 %	/	/	+1,2 % Pt p. a.

* Hier wurde das Median Szenario der Autoren berichtet.

Hinweis: „Exposure“=Anteil der betroffenen Tätigkeiten; „Adoption“=Anteil der davon wirtschaftlich darstellbaren Tätigkeiten

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IC-WA – Wirtschaftspolitische Analyse, Wohlfahrtsindikatorik

schlaglichter@bmwk.bund.de

Quellen:

Acemoglu, D. (2025). *The simple macroeconomics of AI*. *Economic Policy*, 40(121), 13-58.

Aghion, P., & Bunel, S. (2024). *AI and Growth: where do we stand*. Mimeo. San Francisco Fed.

Baily, M., Brynjolfsson, E., & Korinek, A. (2023). *Machines of mind: The case for an AI-powered productivity boom*.

Bergeaud, A. (2024, July). *The past, present and future of European productivity*. In ECB Forum on Central Banking.

Cazzaniga, M., Jaumotte, M. F., Li, L., Melina, M. G., Panton, A. J., Pizzinelli, C., ... & Tavares, M. M. (2024). *Gen-AI: Artificial intelligence and the future of work*. International Monetary Fund.

Eloundou, T., Manning, S., Mishkin, P., & Rock, D. (2023). *Gpts are gpts: An early look at the labor market impact potential of large language models*. arXiv preprint arXiv:2303.10130.

Felten, E., Raj, M., & Seamans, R. (2021). *Occupational, industry, and geographic exposure to artificial intelligence: A novel dataset and its potential uses*. *Strategic Management Journal*, 42(12), 2195-2217.

Felten, E. W., Raj, M., & Seamans, R. (2023). *Occupational heterogeneity in exposure to generative AI*. Available at SSRN 4414065.

Filippucci, F., Gal, P., & Schief, M. (2024). *Miracle or Myth? Assessing the macroeconomic productivity gains from Artificial Intelligence* (No. 29). OECD Publishing.

Filippucci, F., Gal, P., Jona Lasinio, C. S., Leandro, A., & Nicoletti, G. (2024). *The impact of Artificial Intelligence on productivity, distribution and growth*.

Gazzani, A. G., & Natoli, F. (2024). *The macroeconomic effects of AI innovation*. Available at SSRN 4938014.

Goldman Sachs: Briggs, J. and D. Kodnani (2023). "The Potentially Large Effects of Artificial Intelligence on Economic Growth", Goldman Sachs Economics Research.

Ifo Institut: Falck, O., Kerkhof, A., & Wölfl, A. (2024). *Künstliche Intelligenz – wie Unternehmen sie nutzen und was sie noch daran hindert*. ifo Schnelldienst, 77(09), 57-63.

Ifo Institut. (2024) *Mehr Unternehmen nutzen Künstliche Intelligenz*.

International Monetary Fund. (2024). *World Economic Outlook— Steady but Slow: Resilience amid Divergence*. Washington, DC. April, Chapter 3.

IW Consult (2025). Demary, V., Grömling, M., Kestermann, C., Scheufen, M., Seele, S., Stettes, O., Trenz, M. *Wie wird KI die Produktivität in Deutschland verändern?*, Gutachten im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft.

McKinsey: Chui, M., Hazan, E., Roberts, R., Singla, A., Smaje, K., Sukharevsky, A., ... & Zimmel, R. (2023). *The economic potential of generative AI*. McKinsey & Company.

OECD (2024), *OECD-Bericht zu Künstlicher Intelligenz in Deutschland*, OECD Publishing, Paris.

Pizzinelli, C, A Panton, M Mendes Tavares, M Cazzaniga, and L Li, (2023). "Labor Market Exposure to AI: Cross-country Differences and Distributional Implications". IMF Working Paper, International Monetary Fund 2023.

Stanford University (2024). *2024 AI Index Report*

Svanberg, M., Li, W., Fleming, M., Goehring, B., & Thompson, N. (2024). *Beyond AI exposure: which tasks are cost-effective to automate with computer vision?*. Available at SSRN 4700751.

K



KONJUNKTUR



DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

in Deutschland im Juni 2025¹

IN KÜRZE

Im ersten Quartal hat sich die deutsche Wirtschaft mit einem preis-, saison- und kalenderbereinigten BIP-Zuwachs von 0,2 % gegenüber dem Vorquartal leicht erholt. Positive Impulse kamen vor allem vom privaten Konsum, Investitionen und vom Außenhandel infolge von Vorzieheffekten angesichts der angekündigten US-Zölle. Neben einer Erholung der konsumnahen Dienstleistungsbereiche konnten auch das Produzierende Gewerbe und das Baugewerbe von günstigen Bedingungen profitieren, was sich in steigender Produktion und positiveren Stimmungsindikatoren widerspiegelte. Dennoch bleiben die Geschäftserwartungen insbesondere im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe eingetrübt, so dass eine erneute Abschwächung der Konjunktur im weiteren Jahresverlauf nicht auszuschließen ist.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe konnte zum Ende des ersten Quartals preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat mit +3,0 % kräftig zulegen. In der Industrie (+3,6 %) und im Baugewerbe (+2,1 %) stieg die Ausbringung deutlich an, die Energieproduktion nahm jedoch um 1,8 % ab. Auch die Auftragsgänge im Verarbeitenden Gewerbe – insbesondere aus dem Ausland – legten im März gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,6 % spürbar zu. Dabei dürften auch Vorzieheffekte im Zusammenhang mit den erwarteten US-Zollerhöhungen von Bedeutung gewesen sein.

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) sind im März gegenüber dem Vormonat leicht um 0,4 % gestiegen. Gegenüber dem Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel ein reales Umsatzplus von 3,0 %. Neuzulassungen von Pkw insgesamt haben im April im Vormonatsvergleich um kräftige 10,6 % zugenommen; im aussagekräftigen Dreimonatsvergleich nahmen sie jedoch um 6,9 % ab. Gegenüber April 2024 kam es zu einem geringfügigen Rückgang von 0,2 %. Aktuelle Frühindikatoren zeigen überwiegend eine leichte Aufhellung der Verbraucherstimmung an, ausgehend von einem niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate ist im April mit +2,1 % erneut etwas gesunken. Der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln hat sich wieder etwas abgeschwächt, bleibt aber oberhalb der Gesamtinflation. Die Energiepreise gingen dagegen spürbar zurück. Die Kernrate ist wieder recht deutlich gestiegen. Im weiteren Verlauf dürfte sich die Inflation infolge geringerer Energie- und Rohstoffpreise, moderater Tariflohnsteigerungen sowie der gedämpften gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weiter im Bereich um 2 % bewegen.

Trotz schwacher Frühjahrsbelebung hat sich der Arbeitsmarkt im April etwas besser entwickelt als in den vorangegangenen Monaten. Die Arbeitslosigkeit ist saisonbereinigt lediglich um 4.000 Personen gestiegen und die Erwerbstätigkeit konnte im März um 6.000. Personen zulegen. Angesichts der anhaltend hohen Unsicherheit durch die US-Zollpolitik und der weiterhin schwachen Beschäftigungsaussichten ist eine Trendwende am Arbeitsmarkt jedoch nicht absehbar.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist nach amtlichen Daten im Februar 2025 um 13,0 % gegenüber dem Vormonat und um 15,9 % gegenüber Februar 2024 angestiegen. Mit 2.068 beantragten Verfahren wurde der höchste Wert seit Juli 2015 verzeichnet. Auch der IWH-Insolvenzmonitor legte zu, im April gab es 11,4 % mehr Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften als im März.

LEICHTE WACHSTUMSBELEBUNG ZU JAHRESBEGINN

Im ersten Quartal hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland leicht erholt. Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Positive Wachstumsbeiträge gingen nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes vor allem vom privaten Konsum sowie den Investitionen aus. Da sich vor dem Hintergrund der angekündigten US-Zollanhebungen auch die Ausfuhrfähigkeit zu Jahresbeginn belebt hat, wobei Warenlieferungen zum Teil wohl vorgezogen wurden, dürfte auch vom Außenbeitrag ein positiver Impuls ausgegangen sein.

Entstehungsseitig deuten die aktuellen Indikatoren eine etwas ausgewogenere Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche als in der jüngsten Vergangenheit an: So dürfte sich die Wertschöpfung im stark exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe – nach sieben Quartalen mit Rückgängen – dank der Nachfragebelebung aus dem Ausland im ersten Quartal etwas erholt haben. Hierauf deutet der kräftige Anstieg der Produktion im März hin, insbesondere in den gewichtigen Bereichen Kfz und Kfz-Teile, pharmazeutische und chemische Produkte sowie im Maschinenbau. Trotz der hohen handelspolitischen Unsicherheit und der zuletzt gedämpften Geschäftserwartungen hat sich die Geschäftslage in der Industrie im ersten Quartal als insgesamt recht robust erwiesen. Auch im Baugewerbe dürfte im Zuge der milden Witterung ein Anstieg der Aktivität im ersten Quartal zu verzeichnen gewesen sein. Positiv dürften sich zu Jahresbeginn auch die konsumnahen Dienstleister im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe entwickelt haben. Hierauf deuten die gestiegenen Umsätze im Einzelhandel sowie in den Bereichen Verkehr und Lagerei hin.

Die leichte wirtschaftliche Erholung zu Jahresbeginn war auch anhand der jüngsten Aufhellung der Stimmungsindikatoren, vor allem der Geschäftslage, absehbar gewesen. Auch die Verbraucherstimmung, gemessen an dem GfK-Konsumklima und dem HDE-Konsumbarometer, tendierte zuletzt positiver. Allerdings deuten die aktuellen Umfragen zu den Geschäftserwartungen vor dem Hintergrund der angekündigten und zum



¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. Mai 2025 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT

Teil temporär ausgesetzten US-Zollerhöhungen sowohl bei der Industrie als auch bei den Dienstleistern auf eine erneute Eintrübung hin. Vor diesem Hintergrund ist eine erneute konjunkturelle Abschwächung im weiteren Jahresverlauf nicht auszuschließen.

KURZFRISTIG VORZIEHEFFEKTE, IM WEITEREN VERLAUF ABER GEDÄMPFTE AUSSICHTEN FÜR DIE WELTKONJUNKTUR

Nach den Einbrüchen und Schwankungen an den Finanzmärkten in Reaktion auf die weitreichenden US-Zollankündigungen Anfang April hat sich die Lage inzwischen wieder etwas stabilisiert. Die Kurse an den globalen Märkten haben sich vielerorts wieder erholt und finanzmarkt-basierte Stimmungsindikatoren haben einen Teil des massiven Einbruchs im April im Mai wieder wettgemacht. Der Sentix-Indikator für die Weltwirtschaft verbleibt aber mit -3,7 Punkten weiterhin im negativen Bereich. Während sich die Konjunkturerwartungen der befragten Finanzinvestoren mit einem Anstieg der Erwartungskomponente von -19,6 Punkte auf -1,6 Punkte wieder etwas aufgehellt haben, hat sich die Lageeinschätzung nochmals verschlechtert; hier ist der Index von -4,0 auf -5,7 Punkte auf seinen tiefsten Wert seit Anfang 2023 zurückgegangen.

Im ersten Quartal dürfte die weltweite Industrieproduktion dagegen – gestützt durch Vorzieheffekte – weiter zugelegt haben. Im Februar expandierte sie saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat nach dem vorangegangenen leichten Rückgang wieder um 0,8%. Binnen Jahresfrist lag sie damit um 2,9% im Plus. Frühindikatoren für den weiteren Verlauf der Weltkonjunktur weisen aber auf eine gedämpfte Entwicklung der Weltkonjunktur hin: Der Stimmung Indikator von S&P Global für die Weltwirtschaft ist

im April sowohl im Dienstleistungsbereich als auch in der Industrie gesunken. Der Gesamtindex blieb trotz eines Rückgangs von 52,0 auf 50,8 Punkte oberhalb der Wachstumsschwelle, signalisiert damit jedoch ein geringeres Wachstum der Weltwirtschaft als im Vormonat.

EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL



Der Welthandel hat sich nach den Zuwächsen um die Jahreswende im Februar gegenüber dem Vormonat seitwärts bewegt und lag mit +2,9% weiterhin spürbar über dem Niveau des Vorjahresmonats. Februar-Daten zum Welthandel zeigen, dass die US-Gütereinfuhren nur geringfügig gegenüber dem Vormonat zurückgingen und damit auf dem hohen Niveau verblieben, das sie nach ihrem kräftigen Anstieg von 12,2% im Januar erreicht hatten. Damit mehrten sich die Anzeichen für Vorzieheffekte im Handel mit den USA infolge der angekündigten Zollerhöhungen. Dies wird auch durch aktuelle



Containerumschlagsdaten gestützt: Im März lagen die Einfuhren in den Häfen an der Westküste der USA, über die der Großteil des Asienhandels abgewickelt wird, um 12% über dem Vorjahresniveau. Beim weltweiten Seehandel zeigen sich aber erste Schwächetendenzen; so ist der RWI/ISL-Containerumschlag-Index im März saisonbereinigt auf 135,3 Punkte gegenüber 137,6 Punkte im Vormonat zurückgegangen. Nachdem der Containerumschlag in den europäischen Häfen bereits im Vormonat gesunken war, ging der Schiffshandel zum Ende des ersten Quartals in nahezu allen Weltregionen zurück. Vor dem Hintergrund der nach wie vor unklaren US-Zollpolitik bleibt die handels- und wirtschaftspolitische Unsicherheit deutlich erhöht, was neben direkten Effekten auf den Welthandel im weiteren Verlauf auch negative Auswirkungen auf die globale Produktions- und Investitionstätigkeit mit sich bringen kann.

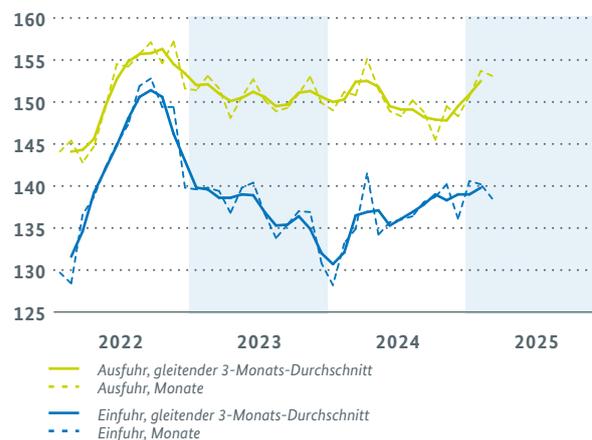
DEUTSCHE EXPORTE IM ERSTEN QUARTAL SPÜRBAR BELEBT

Zum Ende des ersten Quartals wurde die seit Januar beobachtete Aufwärtsbewegung bei den Exporten unterbrochen. Im März gaben die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen saison- und kalenderbereinigt leicht um 0,4% gegenüber dem Vormonat nach, nachdem sie im Januar und Februar um 1,6% bzw. 2,0% expandiert hatten. Im weniger volatilen Dreimonatsvergleich war damit im ersten Quartal aber immer noch ein deutlicher Zuwachs von 3,2% zu verzeichnen, der auch auf Vorzieheffekte im Warenhandel mit Blick auf die angekündigten US-Zollanhebungen zurückzuführen sein dürfte. Nachdem die Lieferungen in die USA schon im Februar mit +9,0% kräftig gestiegen waren, legten sie im März um weitere 2,4% zu. Auch im Handel mit den EU-Ländern war ein Zuwachs von 3,1% zu beobachten. Besonders dynamisch entwickelten sich die Ausfuhren nach China mit +10,2%. Gleichzeitig lagen die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im März saison- und kalenderbereinigt um 1,2% gegenüber dem Vormonat im Minus. Im Quartalsvergleich war aber mit +1,1% – wie bei den Exporten – ein Anstieg zu verzeichnen. Infolge des geringeren Rückgangs der Exporte im Vergleich zu den Importen nahm der monatliche Überschuss im Handel mit Waren und Dienstleistungen im März gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt von 13,4 Milliarden Euro auf 14,6 Milliarden Euro zu.

Nach den Preissteigerungen in den vorangegangenen Monaten haben die Einfuhrpreise im März saisonbereinigt um 1,1% gegenüber dem Vormonat nachgegeben. Die Ausfuhrpreise gingen mit -0,3% weniger stark zurück, so dass sich die Terms of Trade gegenüber dem Vormonat mit +0,8% recht deutlich verbesserten. In realer Rechnung dürfte der Rückgang der Aus- und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen entsprechend etwas geringer ausgefallen sein.

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

AUSSENHANDEL*

	4.Q.	1.Q.	Jan.	Feb.	März
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegenüber Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	-0,9	3,2	1,6	2,0	-0,4
EINFUHR	1,1	1,0	3,3	-0,3	-1,2
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	-2,6	0,6	-1,2	-1,6	4,3
Eurozone	-3,4	0,1	-1,5	-3,5	5,2
EU Nicht-Eurozone	0,1	0,8	-0,8	-1,6	4,8
Drittländer	-2,8	0,9	-1,0	-0,1	3,5
EINFUHR	-0,1	4,8	7,5	3,0	3,9
Eurozone	-3,9	1,1	0,7	2,2	0,5
EU Nicht-Eurozone	-0,4	1,9	1,7	-0,3	4,2
Drittländer	2,7	8,5	14,6	5,0	6,2

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Frühindikatoren haben sich zuletzt angesichts der eratischen US-Zollpolitik und der im April in Kraft gesetzten Zollanhebungen überwiegend wieder eingetrübt. Die Exportaussichten wurden – über einen Großteil der Sektoren hinweg – im April spürbar negativer beurteilt, so dass die ifo Exporterwartungen von -2,3 auf -9,8 Punkte fielen. Gewichtige Exportbranchen wie der Automobil- und der Maschinenbau oder die Chemiebranche erwarten wieder rückläufige Ausfuhren. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind im März saisonbereinigt um 4,7% gegenüber dem Vormonat gestiegen, wobei besonders aus dem Euroraum mit +8,0% mehr bestellt wurde als im Vormonat. Während die Auslandsbestellungen



für Konsum- (+14,2%) und Investitionsgüter (+6,2%) merklich zulegte, ging die Nachfrage nach Vorleistungen mit -0,5% etwas zurück. Im ersten Quartal insgesamt lagen die Auslandsorders aber immer noch um 1,8% im Minus.

Insgesamt dürfte die Exporttätigkeit im ersten Quartal von vorgezogenen Bestellungen mit Blick auf die angekündigten US-Zollanhebungen gestützt worden sein. Die Frühindikatoren deuten aber auf eine erneute Abschwächung der Weltkonjunktur sowie der ausländischen Nachfrage hin. Damit ist eine erneute Abschwächung des deutschen Außenhandels in den kommenden Monaten zu erwarten.

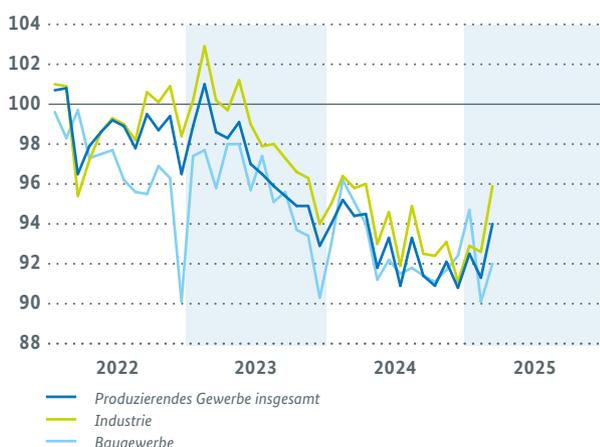
ERHOLUNG DER INDUSTRIEPRODUKTION IM ERSTEN QUARTAL

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im März preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat mit +3,0% kräftig zugelegt, nachdem sie im Februar um 1,3% gesunken war. Besonders deutlich stieg die Ausbringung mit +3,6% in der Industrie, aber auch das Baugewerbe verzeichnete mit +2,1% einen spürbaren Zuwachs. Die Energieproduktion ging hingegen um 1,8% zurück.

Die einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb der Industrie entwickelten sich dabei überwiegend positiv: Besonders deutlich stieg die Ausbringung pharmazeutischer Erzeugnisse (+19,6%). Aber auch in den gewichtigen Bereichen Kfz und Kfz-Teile (+8,1%), dem Maschinenbau (+4,4%) und der Herstellung von Metallerzeugnissen (+2,1%) konnte die Produktion deutlich ausgeweitet werden. Auch die Produktion chemischer Erzeugnisse (+2,0%), elektrischer Ausrüstungen (+3,7%) sowie die Herstellung von DV-Geräten,

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2021 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

Veränderung gegenüber Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	4.Q.	1.Q.	Jan.	Feb.	März
PRODUKTION					
Insgesamt	-1,0	1,7	2,0	-0,3	3,6
Vorleistungsgüter	-0,5	1,1	1,7	0,2	1,1
Investitionsgüter	-1,2	1,4	1,8	0,3	4,9
Konsumgüter	-0,9	3,9	3,2	-3,1	4,9
UMSÄTZE					
Insgesamt	0,1	0,7	-1,2	0,3	2,2
Inland	-0,2	0,8	-0,6	-1,8	1,7
Ausland	0,5	0,6	-1,6	2,4	2,8
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	0,7	-2,3	-5,5	0,0	3,6
Inland	1,0	-3,3	-12,1	-1,5	2,0
Ausland	0,6	-1,8	-0,5	0,9	4,7
Vorleistungsgüter	-0,5	0,7	0,2	-1,1	2,5
Investitionsgüter	1,2	-4,9	-9,7	1,2	3,7
Konsumgüter	3,1	2,3	1,4	-5,5	8,7

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

elektrischen und optischen Erzeugnissen (+2,4%) nahm spürbar zu. Rückgänge waren dagegen neben dem Bereich der Nahrungs- und Futtermittel (-1,4%) u. a. in der Kokerei und Mineralölverarbeitung (-4,5%), der Bekleidungsindustrie (-2,2%) sowie bei der Herstellung von Papier und Pappe (-0,2%) zu beobachten.

Im gesamten ersten Quartal 2025 legte die Produktion im Produzierenden Gewerbe gegenüber dem Schlussquartal 2024 mit +1,4% ebenfalls merklich zu. Dabei konnten sowohl die Industrie (+1,7%) als auch das Baugewerbe (+0,7%) und die Energieerzeugung (+1,0%) Zuwächse verzeichnen. Das Vorjahresniveau unterschritt die Produktion im Produzierenden Gewerbe im ersten Quartal allerdings noch um 2,0%.

Auch die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich nach der Stagnation im Februar zuletzt deutlich erhöht. Die Bestellungen sind im März gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,6% gestiegen. Die Nachfrage aus dem Ausland wuchs mit +4,7% stärker an als die inländischen Aufträge, die um 2,0% expandierten. Besonders stark fiel das Plus bei den Ordnern aus dem Euroraum mit +8,0% aus. Aber auch die Auftrags-eingänge aus dem Nicht-Euroraum nahmen um deutliche 2,8% zu. Bereinigt um Großaufträge erhöhten sich die Ordereingänge insgesamt um 3,2% gegenüber dem Vormonat.

Im ersten Quartal insgesamt verringerten sich die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorquartal um 2,3%. Dabei gingen die Eingänge aus dem Inland um 3,3% und aus dem



Nicht-Euroraum um 3,1% zurück. Bei den Bestellungen aus dem Euroraum war dagegen eine leichte Zunahme um 0,3% zu verbuchen.

Der kräftige Anstieg der Industrieproduktion und der Auftragseingänge zum Ende des ersten Quartals dürfte auch auf Vorzieheffekte im Zusammenhang mit den zollpolitischen Ankündigungen der US-Administration zurückzuführen sein. Die Unsicherheit über den weiteren handelspolitischen Kurs der USA drückt sich jedoch in deutlich gedämpften Geschäfts- und Exporterwartungen aus. Dem entsprechend könnte es im weiteren Jahresverlauf auch wieder zu einer Abschwächung der Industriekonjunktur kommen.

Einzelhandelsumsatz tritt auf der Stelle; Frühindikatoren zeigen Aufhellung

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) sind im März gegenüber dem Vormonat leicht um 0,4% gestiegen. Gegenüber dem Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im März ein reales Umsatzplus von 3,0%. Der Handel mit Lebensmitteln zog im März ebenfalls etwas an (+0,5%). Der Umsatz im Internet- und Versandhandel stieg um 0,9% gegenüber dem Vormonat und um deutliche 9,7% gegenüber dem Vorjahr.

Neuzulassungen von Pkw insgesamt sind im April im Vormonatsvergleich um kräftige 10,6% gestiegen; im aussagekräftigeren Dreimonatsvergleich nahmen sie jedoch um 6,9% ab. Gegenüber April 2024 kam es zu einem geringfügigen Rückgang von 0,2%. Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen ergab sich im April im Vormonatsvergleich ein Plus von 8,5%; in der Drei-Monats-Betrach-

tung sanken sie um 8,8%. Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen erhöhten sich im März um 11,7%. Das Gastgewerbe verzeichnete im Februar gegenüber dem Vormonat einen nominalen Umsatzrückgang von 1,2%; preisbereinigt belief sich das Minus auf 1,7%. Gegenüber Februar 2024 setzte das Gastgewerbe real 3,2% weniger und nominal 0,8% mehr um.

Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (inkl. Kfz) ist im April um 3,2 Zähler auf -25,8 Punkte gesunken. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage ging um 3,5 Zähler auf -16,9 Punkte zurück als auch die Erwartungen um 2,9 auf -34,2 Punkte.

Das Konsumklima wird lt. Prognose der GfK im Mai um 3,7 Zähler auf -20,6 Pt. steigen. Für April gibt das Marktforschungsinstitut eine leichte Zunahme von 0,3 Zählern auf -24,3 Pt. an. Positiv entwickelten sich laut GfK insbesondere die Einkommenserwartungen und die Anschaffungsneigung. Die Sparneigung nahm deutlich ab und hellte das Gesamtbild zusätzlich auf. Das HDE-Konsumbarometer legte im April leicht zu.

Die Aufhellung der Konsumstimmung in Verbindung mit steigenden Realeinkommen dürften den privaten Konsum im weiteren Jahresverlauf stützen.

Inflationsrate mit 2,1% weiter rückläufig

Die Inflationsrate (Preisniveauanstieg binnen Jahresfrist) ist im April mit +2,1% erneut etwas gesunken. Gegenüber März erhöhte sie sich um 0,4%. Der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln hat sich mit +2,8% gegenüber dem Vorjahresmonat wieder etwas abgeschwächt, bleibt aber oberhalb der Gesamtinflation. Die Energiepreise gingen dagegen im Vorjahresvergleich spürbar um 5,4% zurück, so dass sich deren inflationsmindernder Effekt verstärkte.

Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) ist dagegen recht deutlich auf +2,9% gestiegen. Hierzu haben maßgeblich die mit +3,9% wieder anziehenden Preise im Bereich der Dienstleistungen beigetragen. Dies dürfte nicht zuletzt auf den späten Termin der Osterfeiertage dieses Jahr zurückzuführen sein, die im Jahr 2024 Ende März lagen, in diesem Jahr aber erst Mitte April. Typischerweise steigen in dieser Zeit die Kosten für Dienstleistungen wie Reisen, Gastronomie und Übernachtungen temporär überproportional.

Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen verringerte sich der Preisdruck zuletzt etwas: Die Erzeugerpreise gaben im März gegenüber dem Vormonat um 0,7% nach, gegenüber dem Vorjahresmonat sanken sie um 0,2%. Auch die Einfuhrpreise gingen im März im Vormonatsvergleich recht deutlich um 1,0% zurück und lagen damit nur noch um 2,1% über ihrem Vorjahreswert. Die

GfK-Konsumklima und HDE-Konsumbarometer

GfK-Konsumklima, saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; HDE-Konsumbarometer, Index Januar 2017 = 100



Quellen: Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Handelsverband Deutschland (HDE e.V.)



VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	gegenüber Vormonat		gegenüber Vorjahresmonat	
	März	Apr.	März	Apr.
Insgesamt	0,3	0,4	2,2	2,1
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,6	0,5	2,6	2,9
Nahrungsmittel	0,3	0,1	3,0	2,8
Wohnung, Betriebskosten	0,1	0,2	1,5	1,1
Gesundheitspflege	0,3	0,0	3,0	2,8
Verkehr	-0,4	1,0	0,9	1,4
Nachrichtenübermittlung	-0,2	-0,2	-1,1	-0,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,7	0,6	1,0	1,6
Bildungswesen	0,2	0,3	4,7	4,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,4	0,5	3,8	3,7
Energie	-1,5	-0,6	-2,8	-5,4
Kraftstoffe	-3,4	-0,8	-4,6	-8,3
Dienstleistungen	0,5	0,8	3,5	3,9
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,1	0,2	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Verkaufspreise im Großhandel nahmen im März gegenüber Februar um 0,2% ab, im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen sie – vor allem wegen höherer Preise für Nahrungsmittel – um 1,3% höher.

An den Spotmärkten notierte der Preis für Erdgas nach wie vor über den Werten des vorigen Jahres; nach den vorangegangenen deutlichen Anstiegen lag der TTF Base Load zuletzt mit rund 35 Euro/MWh knapp 18% über dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat erhöhten sich die

Gaspreise um fast 2%. Die Markterwartungen deuten für die kommenden Quartale ebenfalls auf Erdgaspreise von etwa 30 Euro/MWh hin. Rohöl der Sorte Brent wurde mit zuletzt rund 58 Euro/Barrel rund 24% unter dem Niveau des Vorjahres gehandelt. Gegenüber dem Vormonat erhöhte es sich leicht um 2,4%.

Im weiteren Verlauf dürfte die Inflation infolge geringerer Energie- und Rohstoffpreise, moderater Tariflohnsteigerungen sowie der gedämpften gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weiter um zwei Prozent schwanken.

LEICHTE FRÜHJAHRSEBELEBUNG AM ARBEITSMARKT

Trotz schwacher Frühjahrsbelebung hat sich der Arbeitsmarkt im April etwas besser entwickelt als in den vorangegangenen Monaten. So ist die Arbeitslosigkeit im April saisonbereinigt (sb) nur noch um 4.000 Personen gestiegen und die Unterbeschäftigung verzeichnete mit sb -3.000 Personen sogar einen leichten Rückgang. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit geht dabei auf den Rechtskreis des SGB III zurück, während die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II zuletzt leicht abnahm. Die Erwerbstätigkeit hat im März mit sb +6.000 Personen leicht zugelegt und auch die SV-pflichtige Beschäftigung verzeichnete im Februar mit sb 12.000 Personen einen Zuwachs. Insgesamt stagnierte die Beschäftigungsentwicklung in den letzten Monaten jedoch weitgehend. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit lag im Februar abermals bei 240.000 Personen, die Zahl der Anzeigen von Kurzarbeit entwickelt sich dabei leicht rückläufig.

**ARBEITSMARKT****ARBEITSLÖSE (SGB II und III)**

	4.Q.	1.Q.	Feb.	März	Apr.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,790	2,983	2,989	2,967	2,932
gegenüber Vorjahr in 1.000	174	187	175	198	182
gegenüber Vorperiode in 1.000*	50	38	8	25	4
Arbeitslosenquote	6,0	6,4	6,4	6,4	6,3

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	4.Q.	1.Q.	Jan.	Feb.	März
in Mio. (Ursprungszahlen)	46,2	45,8	45,8	45,8	45,9
gegenüber Vorjahr in 1.000	-20	-60	-65	-58	-57
gegenüber Vorperiode in 1.000*	-12	-7	-15	8	6

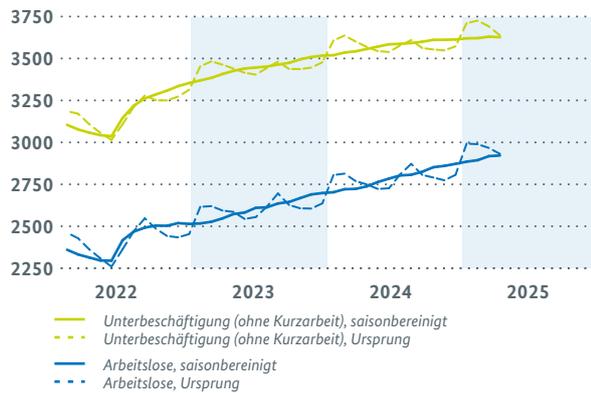
SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	35,0	35,1	35,0	34,8	34,8
gegenüber Vorjahr in 1.000	130	95	85	54	67
gegenüber Vorperiode in 1.000*	11	17	15	-7	12

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Frühindikatoren haben sich trotz handelspolitischer Turbulenzen im April stabilisiert. Sowohl das IAB-Arbeitsmarktbarometer als auch das ifo Beschäftigungsbarometer bewegen sich im historischen Vergleich jedoch weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Demnach ist vorerst mit einer anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Auch wenn die Beschäftigungsaussichten sich im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und im Dienstleistungssektor zuletzt etwas verbessert haben, zeichnet sich insgesamt weiterhin eine rückläufige Beschäftigungsdynamik ab. Angesichts der anhaltend hohen Unsicherheit durch die

US-Zollpolitik ist eine spürbare Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt noch nicht absehbar.

UNTERNEHMENSINSOLVENZEN ERREICHEN 10-JAHRES-HOCH

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Februar 2025 nach endgültigen Ergebnissen um 13,0 % gegenüber dem Vormonat und um 15,9 % gegenüber Februar 2024 auf 2.068 beantragte Verfahren angestiegen. Dies ist der höchste Monatswert seit Juli 2015 (2.187). Zuvor bewegten sich die Insolvenzen von November bis Januar im Bereich um 1.800 Fälle. Auch die Zahl der betroffenen Beschäftigten sowie die Höhe der voraussichtlichen Forderungen haben auf Vormonatsbasis deutlich zugenommen. Als Ursachen für die weiterhin dynamische Entwicklung des Insolvenzgeschehens sind mehrere Faktoren zu nennen, darunter die weiterhin gedämpfte gesamtwirtschaftliche Entwicklung, strukturelle Herausforderungen, gestiegene Kosten und geopolitische Unsicherheiten.

Der im Vergleich mit der amtlichen Statistik methodisch enger gefasste und zeitlich aktuellere IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist im April mit 1.626 Insolvenzen einen Anstieg von 11,4 % gegenüber dem Vormonat bzw. 20,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Das IWH rechnet in den kommenden Monaten mit sinkenden Insolvenzzahlen, vorausgesetzt die kleineren Verfahren nähern sich wieder dem langjährigen Durchschnitt an.

BIP NOWCAST FÜR DAS ZWEITE QUARTAL 2025

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des preisbereinigten BIP beträgt +0,3% für das zweite Quartal 2025 (Stand: 9. Mai 2025).¹

Das Prognosemodell des Nowcast schätzt für das zweite Quartal 2025 aktuell einen preis-, saison- und kalenderbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Erste Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung im zweiten Quartal 2025 werden vom Statistischen Bundesamt am 30. Juli 2025 veröffentlicht („Schnellmeldung“).

Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast seit Jahresbeginn 2025: Seit erstmaliger Berechnung lag der Nowcast für das zweite Quartal bis Anfang März durchgängig bei 0,2%. Dabei standen zunächst positiven Effekten durch günstigere Produktionsdaten für den Berichtsmonat November u. a. negative Effekte im Zuge von steigenden Erstanträgen bei der US-Arbeitslosenversicherung und Meldungen zu den Einkaufsmanagerindizes in Deutschland für den Berichtsmonat Januar gegenüber. Anschließend kamen einerseits positive Signale von den PMIs in der Industrie (Euroraum, Deutschland) sowie von den Einzelhandelsumsätzen im Berichtsmonat Januar im Euroraum. Andererseits dämpften PMIs im Dienstleistungsbereich (Euroraum, Deutschland) und eingetrübte Arbeitsmarktaussichten in Deutschland im Berichtsmonat Februar den Schätzwert. Infolge einer negativen Entwicklung der Erstanträge bei der US-Arbeitslosenversicherung und Datenrevisionen gab der Nowcast Mitte März auf 0,1%

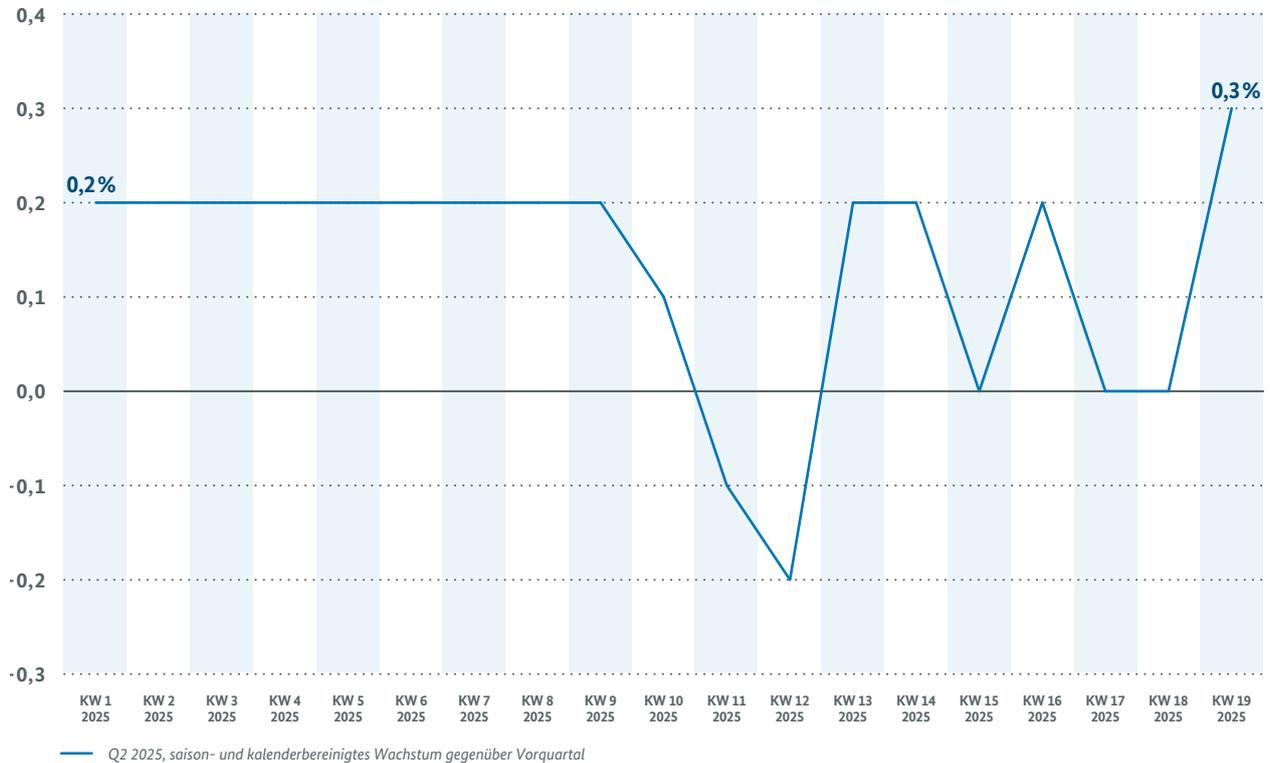
nach. Trotz der positiven ZEW-Konjunkturerwartungen im März kam es im Anschluss im Zuge der Eintrübung des Verbrauchervertrauens im Euroraum zu einer weiteren Abwärtsrevision des Schätzwertes auf -0,2%. Die Aufhellung des ifo Geschäftsklimas und positive PMI-Werte in der Fertigung in Deutschland und im Euroraum führten Ende März zu einer deutlichen Anhebung des Schätzwertes auf +0,2%. Anfang April zogen Datenrevisionen und der EZB-Indikator für Stress im europäischen Finanzsystem den Nowcast wieder auf 0,0% abwärts. Mitte April führte die verbesserte Lageeinschätzung des ZEW-Konjunkturindikators trotz des Einbruchs bei der Erwartungskomponente in Reaktion auf die US-Zollankündigungen zu einer Aufwärtsrevision auf 0,2%. Rückgänge beim europäischen Verbrauchervertrauen und beim PMI für Deutschland im Dienstleistungssektor ließen den Schätzwert erneut auf 0,0% sinken. Günstige Meldungen zur Industrieproduktion und zum Auftragseingang in der Industrie im Berichtsmont März ließen den Nowcast Anfang Mai erneut nach oben schnellen, auf nunmehr 0,3%.

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senfleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senfleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 2. QUARTAL 2025



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

DEN UMSTÄNDEN ENTSPRECHEND (NOCH) GUT – DIE WELTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG STEHT UNTER DRUCK

IN KÜRZE

Zeigte sich die Weltwirtschaft zu Jahresbeginn robust und stand nach den multiplen Krisen der Vorjahre im Zeichen einer weichen Landung, so haben sich Lage und Ausblick zum Frühjahr hin eingetrübt. Vor allem bedingt durch die handelspolitischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten ist die allgemeine Unsicherheit stark gestiegen. Um diese hohe Unsicherheit zu verdeutlichen, hat sich der IWF in seinem jüngsten World Economic Outlook dazu entschieden, unterschiedliche Szenarien zu veröffentlichen. Im Mittelpunkt steht ein Referenzszenario, das die handelspolitischen Entscheidungen zum Stand 4. April berücksichtigt. In diesem Szenario erwartet der IWF im Jahr 2025 ein globales Wachstum von nur noch 2,8%, im Jahr 2026 von 3,0%. Andere Szenarien sind möglich. Insgesamt ist der weltwirtschaftliche Ausblick von erheblichen Risiken und Unsicherheiten geprägt. Zusätzliche Zölle gefährden das Wachstum der Weltwirtschaft, Finanzmarktkrisen sind hoch. Letztlich wird die weitere Entwicklung maßgeblich davon abhängen, inwieweit handelspolitische Eskalationen vermieden, Unsicherheit reduziert sowie Vertrauen und Zuversicht gestärkt werden können.

VOM ERHOLUNGS- ZURÜCK IN DEN KRISENMODUS?

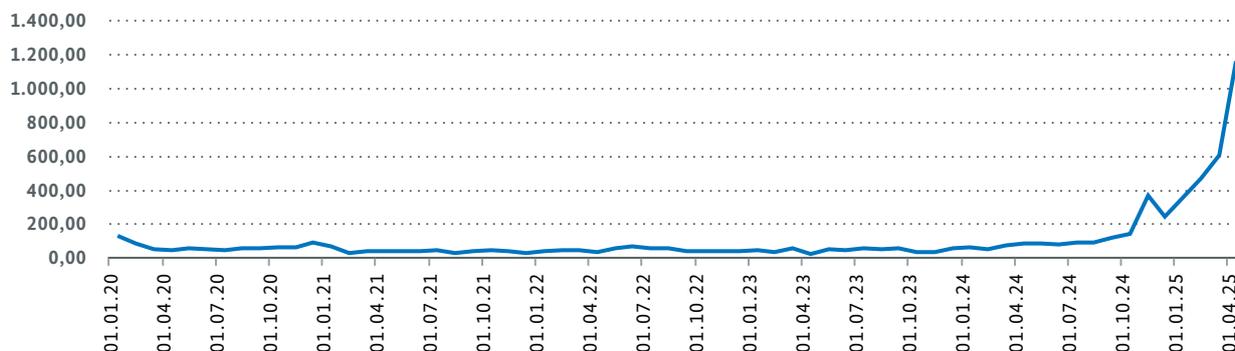
Die Weltwirtschaft befindet sich in einer kritischen Phase. Nach mehreren von Schocks geprägten Jahren stand 2024 im Zeichen der Stabilisierung und Normalisierung. Die Inflation sank von ihrem Höchstwert im Jahr 2022 und nä-

herte sich allmählich wieder den Zielen der Zentralbanken an. Das Wachstum der Weltwirtschaft lag bei rund 3 %, die Produktion nahe ihres Potenzials.

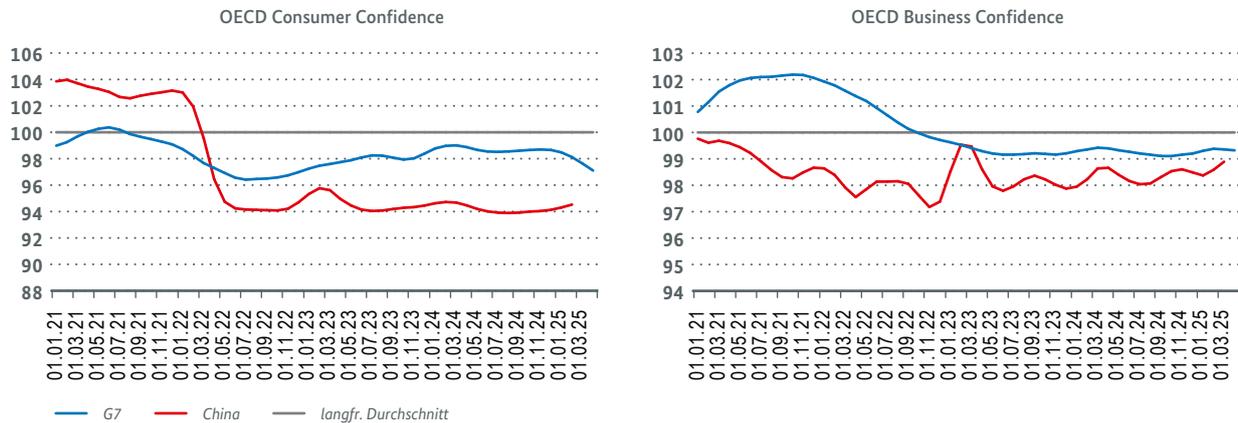
Mittlerweile allerdings ist die weltwirtschaftliche Lage deutlich herausfordernder geworden: Im Februar 2025 haben die USA in mehreren Wellen damit begonnen, neue Zölle gegen Handelspartner anzukündigen, einige Länder reagierten mit Gegenmaßnahmen. Nahmen die Märkte die Ankündigungen zunächst eher gelassen auf, so löste die flächendeckende Einführung von Zöllen am 2. April dann doch deutliche Einbrüche der Aktienindizes, die Abwertung des US-Dollars und sprunghafte Anstiege der Anleiherenditen, insbesondere von US-Staatsanleihen, aus. Schätzungen zufolge haben die von den USA bis Mitte April eingeführten (und nicht ausgesetzten) neuen Zölle den effektiven Zollsatz der USA – dieser gewichtet den Anstieg einer bestimmten Zollposition mit dem Anteil dieser Güter an allen Importen – auf ca. 23 % (Fitch Ratings) erhöht – ein Anstieg von über 20 Prozentpunkten gegenüber Ende 2024 und der höchste Satz seit über einem Jahrhundert (die vorübergehende Aussetzung von Zöllen gegenüber CHN hat den effektiven Zollsatz wieder verringert). Zusammen mit Vergeltungsmaßnahmen Chinas sowie (begrenzter) Kanadas ist ein **Handelsvolumen im Wert von über 2 % des weltweiten BIP direkt von höheren Zöllen betroffen**.

Die neuen Zölle belasten die weltweite Konjunktur und erhöhen die Handelskosten, wodurch zunächst insbesondere in den USA die Preise für importierte Endprodukte und Vorleistungen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung

ABB. 1: INDEX DER HANDELPOLITISCHEN UNSICHERHEIT



Quelle: <https://www.matteoiacoviello.com/tpu.htm>

ABB. 2: INDIZES DES KONSUMENTENVERTRAUENS UND DER UNTERNEHMERISCHEN ZUVERSICHT


Quelle: OECD, <https://www.oecd.org/en/data/dashboards/oecd-short-term-indicators-dashboard.html>

steigen dürften. Die Belastungen für die Weltwirtschaft dürften trotz der inzwischen verkündeten, umfänglichen Zollpausen und -ausnahmen erheblich bleiben. Denn parallel zu den tatsächlich erhobenen Zöllen ist die **handelspolitische Unsicherheit** erheblich und sprunghaft gestiegen (s. Abb. 1).

Angesichts der Unsicherheit über den Zugang zu Märkten – ihren eigenen, aber auch denen ihrer Lieferanten und Kunden – dürften viele Unternehmen zögern und in der Folge Investitionen reduzieren und Einkäufe kürzen. Zudem dürften Störungen der Wertschöpfungsketten die Transaktionskosten des Handels erhöhen. Handelsumleitungen auf Drittmärkte dürften Anpassungskosten verursachen. Ebenso dürften Finanzinstitute ihre Kreditvergabe an Unternehmen neu bewerten, bis sie deren Risiken im neuen Umfeld einschätzen können. So waren die Indizes des Verbrauchervertrauens und der unternehmerischen Zuversicht für die G7 und China zuletzt rückläufig (s. Abb. 2).

Diesen Entwicklungen trägt der IWF in seiner Frühjahrsprognose vom 22. April bestmöglich Rechnung. Im Referenzszenario werden die bis 4. April angekündigten Zölle berücksichtigt, d. h. die am 2. April angekündigten flächendeckenden US-Zölle (von den USA „reciprocal tariffs“ genannt), sektorale Zölle auf Stahl und Aluminium, PKW und PKW-Teile, und (einige) Gegenmaßnahmen Chinas und Kanadas. Weitere, später folgende Eskalationsstufen zwischen China und den USA oder die vorübergehende Aussetzung vieler bilateraler Zölle am 9. April werden nicht berücksichtigt. Unter diesen Prämissen wird **das globale Wirtschaftswachstum (kalenderbereinigt) für 2025 und 2026 auf 2,8% und 3,0% taxiert**. Gegenüber der Prognose vom Januar wurden die Erwartungen damit für 2025 um 0,5 und für 2026 um 0,3 Prozentpunkte (im Folgenden PP) reduziert.

Vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit hat sich der IWF entschieden, weitere mögliche alternative Szenarien zu veröffentlichen. In einem Szenario ohne die angekündigten flächendeckenden Zölle vom 2. April würde der IWF ein deutlich höheres Wachstum von je 3,2% in den Jahren 2025 und 2026 erwarten. Hingegen würde die Berücksichtigung der Zolleskalation zwischen China und den USA bis Mitte April und die permanente Aussetzung vieler bilateraler Zölle (nicht aber der Zölle gegen China) die Wachstumserwartungen für die Weltwirtschaft im Aggregat fast unverändert lassen: bei 2,8 bzw. 2,9%. In einem weiteren Szenario „Ausweitung der globalen Ungleichgewichte“ werden die Erneuerung der unter der Trump-Administration 2017 eingeführten Steuer-senkungen, niedrigere Produktivität in Europa und schwächere inländische Nachfrage in China unterstellt; außerdem ein weiterer Anstieg von Zöllen zwischen den USA und China, US-Zölle auf Importe aus anderen Ländern inkl. EU und restriktivere Finanzierungsbedingungen. Dieses Szenario würde gegenüber dem Referenzszenario zu 1,3 PP weniger Wachstum in 2025 und 1,9 PP weniger in 2026 führen. Im Szenario „Verringerung von Ungleichgewichten“ werden Strukturreformen in den USA zur Senkung des Haushaltsdefizits und des Schuldenstandes, Reformen zur Stärkung der Nachfrage und des Produktivitätswachstums in China sowie ein Anstieg öffentlicher Investitionen in der EU angenommen, eine weitere Zolleskalation unterbliebe. Unter diesen Prämissen ergäbe sich ein Anstieg des globalen Outputs von 0,4 PP bis 2026 im Vergleich zum Referenzszenario.

Im Folgenden wird vom IWF-Referenzszenario ausgegangen. Anders als üblich werden auch keine Vergleiche mit vergangenen OECD-Projektionen vorgenommen, da diese aufgrund der dynamischen politischen Lage auf veralteten handelspolitischen Annahmen basieren.



TEILWEISE STEIGENDER INFLATIONSDRUCK

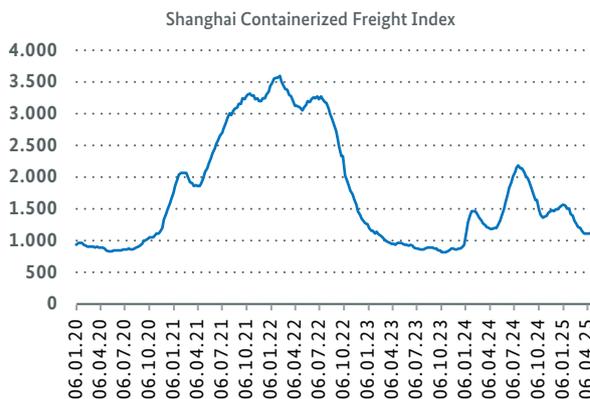
Gemäß Referenzszenario des IWF wird die **weltweite Gesamtinflation** nach 5,7 % im Jahr 2024 auf **4,3 % im Jahr 2025 und 3,6 % im Jahr 2026** zurückgehen. In den entwickelten Volkswirtschaften wird nach 2,5 % in diesem Jahr eine weitere Konvergenz zum Zielniveau auf 2,2 % im Jahr 2026 erwartet. Für Schwellen- und Entwicklungsländer prognostiziert der IWF einen Rückgang auf zunächst 5,5 % und dann 4,6 %. Im Vergleich zu Januar ist die Inflationsprognose für 2025 somit leicht erhöht. Für die entwickelten Volkswirtschaften wurde sie um 0,4 PP nach oben korrigiert. Besonders auffällig sind die Aufwärtskorrekturen für das Vereinigte Königreich um 0,7 PP und die USA um einen Prozentpunkt. Für Letztere reflektiert dies die hartnäckige Preisdynamik im Dienstleistungssektor sowie die Auswirkungen der diversen Zollerhöhungen. Im Vereinigten Königreich beruht dies in erster Linie auf einmaligen Anpassungen einiger regulierter Preise. Die Prognose für die Eurozone blieb unverändert. In den Schwellen- und Entwicklungsländern fallen die Revisionen des IWF gemischt aus: In Asien wird mit reduziertem Inflationsdruck gerechnet, sodass die Prognosen für 2025 gegenüber Januar um 0,5 PP nach unten korrigiert wurden. Besonders in China dürfte die Inflation gedämpft bleiben. Für die Schwellen- und Entwicklungsländer Europas wurde die Inflationsprognose um 1,5 PP für 2025 und 1,0 PP für 2026 nach oben korrigiert. In Lateinamerika und der Karibik wurden Aufwärtskorrekturen für Bolivien, Brasilien und Venezuela durch Abwärtskorrekturen für Argentinien und andere Länder ausgeglichen, sodass sich die Gesamtkorrektur für die Region im Jahr 2025 auf -0,3 PP beläuft.

WELTHANDEL PERSPEKTIVISCH WENIGER DYNAMISCH

Der Welthandel hat sich Ende letzten und Anfang dieses Jahres noch stark entwickelt, was auch auf vorgezogene Bestellungen in Erwartung von Zollerhöhungen zurückgeht. So legte das Handelsvolumen in China und den USA stark zu, insbesondere die Importe von Industriegütern in die USA stiegen im ersten Quartal 2025 sprunghaft an, die Lagerbestände wuchsen. Der weltweite Containerverkehr hat im ersten Quartal 2025 weiter zugenommen, und Umfragergebnisse für die Exportaufträge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich in den entwickelten Volkswirtschaften stetig verbessert. Dennoch gibt es erste **Anzeichen für eine Abschwächung**. Die weltweiten Containerpreise lagen im April um 40 % unter dem Niveau zu Jahresbeginn, wobei die Routen zwischen Shanghai und den Vereinigten Staaten stark betroffen waren. Das Wachstum des Luftfrachtverkehrs, der recht empfindlich auf marginale Nachfrageschwankungen reagiert, verlangsamte sich im Februar ebenfalls. Möglich ist, dass die angekündigte vorübergehende

Aussetzung von Zöllen zwischen China und den USA das Bild nochmals ändern wird.

ABB. 3: ENTWICKLUNG DER CONTAINERFRACHTKOSTEN



Quelle: Macrobond

Perspektivisch dürften die Volten der Handelspolitik den weltweiten Austausch von Waren und Dienstleistungen dennoch stark belasten. Die meisten gehandelten Waren sind Vorleistungen, die vor ihrer Umwandlung in Endprodukte mehrfach zwischen Ländern hin- und hertransportiert werden. Sektorale Störungen könnten sich entlang der globalen Wertschöpfungsnetzwerke mit Multiplikatoreffekten ausbreiten, wie dies bereits während der Pandemie zu beobachten war. Eine Reorganisation weltweiter Lieferketten dürfte ebenfalls Auswirkungen auf den globalen Handel haben. Unter dem Referenzszenario erwartet der IWF im Jahr 2025 eine Verlangsamung des globalen Handelswachstums auf 1,7%, was einer Abwärtskorrektur der Januar-Prognose um 1,5 PP entspricht. 2026 rechnet der IWF mit einem Wachstum des Welthandels um 2,5%.

ENGE FISKALISCHE HANDLUNGSSPIELRÄUME

Als Reaktion auf steigende Energie- und Lebensmittelpreise haben viele Länder in den vergangenen Krisen zu fiskalischen Unterstützungsmaßnahmen gegriffen und die wirtschaftliche Erholung maßgeblich unterstützt. Allerdings haben diese Maßnahmen vielfach auch zu einem starken Anstieg der Schuldenquoten geführt. Der fiskalische Spielraum ist allgemein deutlich geringer als noch vor zehn Jahren, und die zur Stabilisierung der Schuldenquoten nötigen Konsolidierungsbedarfe sind so hoch wie nie zuvor. Dies ist insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer eine Herausforderung: Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP ist derzeit in fast drei Vierteln der Schwellen- und



Entwicklungsländer höher als 2019, die Zinslasten dürften in den kommenden zwei Jahren aufgrund gestiegener Zinsen bei der fälligen Refinanzierung steigen. Hinzu kommt, dass Länder mit niedrigerem Einkommen tendenziell stärker auf Fremdwährungskredite angewiesen und somit anfällig für Wechselkursschwankungen und Veränderungen der Risikoneigung sind. Kapitalabflüsse wie zwischen Oktober 2024 und Januar 2025 und Währungsabwertungen könnten die makroökonomische Stabilität in Frage stellen.

RISIKEN DOMINIEREN DIE WELTWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die weltwirtschaftliche Lage ist geprägt von Abwärtsrisiken. Im Mittelpunkt stehen Risiken im Zusammenhang mit der Handelspolitik und Finanzmarktrisiken. Aber auch soziale Verwerfungen und Arbeitskräftemangel spielen eine Rolle.

- Sollten sich die **handelspolitischen Konflikte verschärfen**, würde das weltweite BIP noch stärker als prognostiziert sinken. Am stärksten betroffen wären Länder, auf die zusätzliche Zölle direkt abzielen, gegenwärtig insbesondere China und die Vereinigten Staaten. Mittelfristig ist aber davon auszugehen, dass auch eine große Zahl von Ländern in Asien und Europa betroffen wäre, denn die umfassenden negativen Auswirkungen einer zunehmenden geökonomischen Fragmentierung kämen stärker zum Tragen. Ebenso könnten steigende Importpreise, Rohstoffbeschränkungen und ineffizientere Strukturen den Inflationsdruck erhöhen. Anhaltende handelspolitische Unsicherheit birgt zudem Gefahren für Investitionen und Wachstum. Sie untergräbt das Vertrauen, und schmälert mittelfristig das Einkommen der Verbraucherinnen und Verbraucherinnen und Verbraucher, indem sie Investitionen einschränkt und den Handel behindert.
- Die gegenwärtige Situation birgt eine Vielzahl von Risiken, die sich gegenseitig verstärken, die Volatilität auf den Finanzmärkten erhöhen und zu Finanzmarktkorrekturen führen könnten. Der bereits jetzt erhöhte Inflationsdruck in einigen Ländern könnte **Zinsdifferenzen** zwischen Ländern vergrößern, Kapitalabflüsse auslösen und Finanzierungsbedingungen insbesondere in den Schwellen- und Entwicklungsländern verschärfen. Dies gilt umso mehr, wenn der **US-Dollar** – wie in früheren Episoden erhöhter Unsicherheit – aufwerten sollte. Allerdings könnte es aufgrund der verschlechterten US-Aussichten auch zu einer Abwertung des US-Dollars kommen. In diesem Fall besteht die Gefahr deutlicher Finanzmarktkorrekturen und zusätzlicher Volatilität. Der IWF verweist auch auf die Möglichkeit, dass es zu einer Neubewertung des internationalen Finanzsystems kommen könnte.

- Mit den vorherigen Risiken eng zusammenhängend könnte weiterer Druck auf die bereits hohen **US-Anleiherenditen** in Verbindung mit anhaltender **Wechselkursvolatilität** aufgrund anhaltender politischer Unsicherheit ebenfalls Abflüsse von Kapital und Direktinvestitionen aus Schwellen- und Entwicklungsländern auslösen. Die Verschiebung von Kapital in sichere Länder und sichere Vermögenswerte könnte Ungleichgewichte und Fehlallokationen verschärfen. Struktureller Druck auf langfristige Renditen könnte zudem den fiskalischen Spielraum einschränken. Insbesondere in hoch verschuldeten Ländern könnten sich Zweifel ob der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verstärken.
- Weitere Risiken sieht der IWF in einer wachsenden **sozialen Unzufriedenheit**, die durch das **Zurückfahren internationaler Hilfen** noch verstärkt werden könnte. Beides könnte mittelfristig Reformen und Wachstum behindern und neue Krisenherde entstehen lassen. Ein weiteres Risiko sei eine **Verringerung des Zustroms ausländischer Arbeitskräfte** in die entwickelten Volkswirtschaften. Dies könnte zwar Belastungen für die lokalen Dienstleistungen und Infrastruktur verringern, dürfte aber durch den **Rückgang des Arbeitskräfteangebots** auch das Potenzialwachstum verringern.

Trotz der Dominanz der Abwärtsrisiken lassen einige Faktoren auf eine günstigere Entwicklung hoffen:

- Die **Beilegung oder Entschärfung laufender Konflikte** könnte zu einem Rückgang der weltweiten Rohstoffpreise führen und Ressourcen für produktive Zwecke umverteilen. Die Beendigung von gewaltsamen Auseinandersetzungen und anschließende Wiederaufbaubemühungen würden nicht nur das BIP-Wachstum der Konfliktparteien ankurbeln, sondern hätten auch positiven Einfluss auf die Nachbarländer.
- Die anhaltend hohe handelspolitische Unsicherheit könnte **neue Impulse für regionale, plurilaterale und multilaterale Abkommen** geben, die Risiken mindern und die politische Vorhersehbarkeit fördern könnten. Die Ausweitung und Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit und der regionalen Integration könnte Investitionen und Produktivität steigern, das Potenzialwachstum erhöhen und die Widerstandsfähigkeit von Ländern gegenüber externen Schocks verbessern, indem Absatzmärkte erweitert und Handelspartner diversifiziert werden.
- Eine **Beschleunigung von Strukturreformen** könnte durch das Benchmarking unter den Ländern und die schwierigen makroökonomischen Bedingungen gefördert werden und das 

Wachstum ankurbeln. Die Straffung von Vorschriften und der Abbau von Bürokratie könnten Wettbewerb und Unternehmensdynamik fördern. Stärker integrierte Finanz-, Arbeits- und Produktmärkte könnten die nötige Tiefe und Größenordnung bieten, um Innovationen voranzutreiben und das Produktivitätswachstum zu beschleunigen.

- **Fortschritte bei künstlicher Intelligenz**, gepaart mit einer signifikanten Senkung der Nutzungskosten, könnten Produktivität und Konsum steigern. Die Integration von KI-Technologien könnte zu Wissenstransfers über Branchen und Regionen hinweg führen, Innovationen fördern und die Kosten weltweit senken. Diese Gewinne kämen – so zumindest die Hoffnung des IWF – ohne nennenswerte negative Auswirkungen auf die Beschäftigung zustande, wenn die Einführung von KI mit Maßnahmen einhergeht, die den Rechtsrahmen verbessern und die Reallokation von Arbeitskräften unterstützen.

ANPASSUNGSFÄHIGKEIT ERHÖHEN, UNSICHERHEIT ABBAUEN

Der IWF empfiehlt angesichts der hohen Unsicherheit eine pragmatische Politik, die die Handelspolitik so weit wie möglich auf eine stabile und vorhersagbare Grundlage stellt. Pragmatische Zusammenarbeit, auch regional, sei ebenso gefragt wie der Verzicht auf verzerrende Maßnahmen wie Subventionen. Die Geldpolitik müsse bei Zinsentscheidungen die spezifische Situation der einzelnen Länder genau im Blick haben und Inflationserwartungen stabilisieren. Den Finanzmarktrisiken müsse durch eine angemessene Finanzmarktaufsicht Rechnung getragen werden. Aus IWF-Sicht wesentlich ist die Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Aufbau fiskalischer Puffer. Dabei müssten sowohl Einnahmen mobilisiert als auch Ausgaben priorisiert werden. Letztlich bedürfe es aber umfassender Strukturreformen u. a. in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Regulierung, Wettbewerb, Finanzsektor, um Produktivität und Potenzialwachstum zu steigern. Klimapolitische Aspekte gelte es dabei zu berücksichtigen.

REGIONALE ENTWICKLUNGEN

Für die entwickelten Volkswirtschaften erwartet der IWF in seiner Referenzprognose einen Rückgang des Wachstums von geschätzten 1,8 % im Jahr 2024 auf 1,4 % im Jahr 2025 und 1,5 Prozent im Jahr 2026. Dies entspricht im Vergleich zur Januar-Projektion Abwärtskorrekturen um 0,5 und 0,3 PP. Die höchste Abwärtskorrektur mussten dabei die USA hinnehmen. Stark betroffen sind auch Kanada, Japan und Großbritannien.

In den **Vereinigten Staaten** geht der IWF davon aus, dass das diesjährige Wachstum auf 1,8 % zurückgeht, 0,9 PP weniger als im Januar prognostiziert. Die Abwärtskorrektur ist Ergebnis größerer politischer Unsicherheiten, Handelsspannungen und eines schwächeren Konsumwachstums. Es wird erwartet, dass die Zölle auch das Wachstum im nächsten Jahr belasten werden, welches auf 1,7 % taxiert wird. Für Kanada prognostiziert der IWF Wachstumsraten von 1,4 % und 1,6 % für 2025 und 2026, was Rückgänge um 0,6 und 0,4 PP bedeutet. Dies reflektiert vor allem die im März in Kraft getretenen neuen Zölle auf Exporte in die Vereinigten Staaten sowie die gestiegene Unsicherheit und die geopolitischen Spannungen.

In der **Eurozone** wuchs das BIP im ersten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %. Spanien verzeichnete mit 0,6 % erneut das stärkste Wachstum unter den großen Volkswirtschaften. Deutschland und Italien wuchsen um 0,2 % bzw. 0,3 %, Frankreich legte um 0,1 % zu. Die Bruttoanlageinvestitionen entwickelten sich zuletzt rückläufig. In Deutschland sanken sie um -3,4 %, in Frankreich und der Eurozone jeweils um -1,4 %, in Italien um -1,1 %. Spanien stach mit einem Plus von 3,6 % hervor. Der private Konsum in der Eurozone stieg zuletzt um 1,0 %, in Deutschland blieb er mit -0,1 % nahezu stabil. Frankreich und Italien verzeichneten moderate Zuwächse von 1,1 % bzw. 0,4 %, während Spanien mit 3,7 % deutlich über dem Durchschnitt lag. Für das Gesamtjahr 2025 prognostizieren EZB, EU-Kommission, IWF und OECD im Mittel ein Wachstum von 1,0 % und für 2026 von 1,3 %. Dabei nennt der IWF steigende Unsicherheit und Zölle als Hauptursachen für das gedämpfte Wachstum in diesem Jahr; der leichte Aufschwung im Jahr 2026 geht insb. auf steigende Reallöhne und die fiskalische Lockerung in Deutschland als ausgleichende Kräfte zurück.

Im **Vereinigten Königreich** dürfte das Wachstum in der Nähe des Potenzials liegen, da Handelsbeschränkungen und erhöhte Unsicherheit die positiven Auswirkungen der jüngsten Arbeitsmarkt- und Planungsreformen weitgehend ausgleichen. Für 2025 rechnet der IWF mit 1,1 % Wachstum, 0,5 PP weniger als im Januar prognostiziert. Für 2026 erwartet der IWF 1,4 %.

Für **Japan** liegt die aktuelle Wachstumsprognose des IWF für 2025 und 2026 bei 0,6 %, was einer Herabstufung um 0,5 PP und 0,2 PP gegenüber Januar gleichkommt. Die Auswirkungen der am 2. April angekündigten US-Zölle und die damit verbundene Unsicherheit kompensieren die erwartete Stärkung des privaten Konsums aufgrund eines über der Inflation liegenden Lohnwachstums.

Für die **Schwellen- und Entwicklungsländer** prognostiziert der IWF einen Rückgang des Wachstums auf 3,7 % in 2025 und auf 3,9 % in 2026; dies



sind 0,5 bzw. 0,4 PP weniger als im Januar prognostiziert. Nach deutlicher Abschwächung im letzten Jahr sieht der IWF das Wachstum in den asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern abermals zurückgehen auf 4,5 % in diesem und 4,6 % im nächsten Jahr. Die ASEAN-Staaten sind von den Zolländerungen stark betroffen.

Für **China** erwartet der IWF, dass sich das Wachstum 2025 verlangsamt und 2026 weiter abschwächt, was auf höhere Handelsschranken und anhaltende Probleme im Immobiliensektor zurückgeführt wird. Die sehr hohen Zölle auf den Handel mit den USA dürften niedrigere Exporte und Importe bedingen, wobei die Rückgänge u. a. durch die Mehrwertsteuererstattung für Ausfuhren und durch Handel mit anderen Ländern etwas abgemildert werden dürften. Ebenso dürfte der private Konsum durch höhere Einkommen und höhere Sozialausgaben gestützt werden, die Inflation trotz höherer Importpreise niedrig bleiben. Allerdings dürften die geringfügige Erhöhung der Transfers die nötigen Sozialversicherungsreformen nicht ersetzen und die Unsicherheit und das Vorsorgesparen somit nicht unterbinden. Die Prognose des IWF für 2025 wurde von 4,6 % im Januar auf 4,0 %, die Erwartung für 2026 ebenfalls von 4,5 % auf 4,0 % nach unten korrigiert.

In **Indien** dürfte der private Konsum insbesondere in den ländlichen Gebieten von steigenden Realeinkommen profitieren, die von moderater Inflation, Steuersenkungen und einer Belebung des Arbeitsmarktes getragen werden. Sinkende Zinsen und umfangreiche öffentliche Ausgaben dürften Investitionen stärken. Entsprechend ist die Wachstumsprognose des IWF mit 6,2 % für Fiskaljahr 2025-26 und 6,3 % für 2026-27 weiterhin hoch, gegenüber Januar allerdings um -0,3 PP bzw. -0,2 PP reduziert. Ursächlich sind insb. die Handelsspannungen und gestiegene globale Unsicherheit, die auch indische Exporte negativ beeinflussen dürften.

Für **Lateinamerika und die Karibik** erwartet der IWF, dass sich das letztjährige Wachstum von 2,4 % auf 2,0 % in diesem Jahr abschwächt, bevor es im nächsten wieder auf 2,4 % steigt. Die Prognosen wurden im Vergleich zu Januar um 0,5 PP für 2025 und 0,3 PP für 2026 gesenkt. Dies geht vor allem auf **Mexiko** zurück, das gemäß IWF-Prognose im Jahr 2025 um 0,3 % schrumpfen und nächstes Jahr um 1,4 % wachsen wird. Dies bedeutet eine Absenkung um 1,7 PP für 2025 und 0,6 PP für 2026 gegenüber der Januarprognose und reflektiert die US-Zölle, die damit verbundene Unsi-

cherheit sowie eine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen. In **Brasilien** bleiben Konsum und private Investitionen weiterhin Wachstumstreiber. Allerdings dämpfen die geldpolitische Straffung und höhere Zölle auf Stahl- und Aluminiumexporte auch hier die Wachstumsaussichten: Der IWF rechnet mit 2 % Wachstum in beiden Jahren und nimmt leichte Abwärtskorrekturen von jeweils -0,2 PP vor. Die bemerkenswerte Erholung in **Argentinien** wurde von privaten Investitionen, Konsum und Exporten getragen. Die jährliche Inflationsrate ist von 211 % Ende 2023 auf 56 % im März 2025 gesunken. Gestützt durch höhere Realeinkommen, günstigere Finanzierungsbedingungen und ein sich verbesserndes Unternehmensumfeld dürften Konsum und Investitionen weiter zulegen, die jüngste Aufhebung von Kapitalverkehrsbeschränkungen dürfte das Geschäftsklima weiter verbessern. Der IWF rechnet mit 5,5 % bzw. 4,5 % Wachstum in 2025 und 2026, was Revisionen von +0,5 PP für dieses und -0,5 PP für nächstes Jahr entspricht.

Für **Russland** erwartet der IWF einen drastischen Wachstumsrückgang von 4,1 % im letzten Jahr auf 1,5 % in diesem und 0,9 % im nächsten Jahr. Grund sei eine Verlangsamung des privaten Konsums und der Investitionen. Im Vergleich zu den Prognosen vom Januar 2025 wurde das Wachstum für 2025 allerdings um 0,1 PP nach oben korrigiert, da die Daten für 2024 stärker als erwartet ausfielen.

Für die **afrikanischen Länder südlich der Sahara** erwartet der IWF einen leichten Wachstumsrückgang von 4 % im letzten auf 3,8 % in diesem Jahr und eine leichte Erholung in 2026 auf 4,2 %. Unter den größeren Volkswirtschaften liegt die IWF-Prognose für **Nigeria** bei 3,0 % in diesem und 2,7 % im nächsten Jahr. Sie wurde aufgrund niedrigerer Ölpreise für 2025 um 0,2 PP und für 2026 um 0,3 PP nach unten korrigiert. In **Südafrika** sollten die Lockerung der Geldpolitik und Fortschritte bei der Stromversorgungssicherheit die Wirtschaftstätigkeit unterstützen, handels- und geopolitische Spannungen jedoch die Unsicherheit erhöhen. Der IWF prognostiziert 1,0 % Wachstum in diesem und 1,3 % im nächsten Jahr, somit 0,5 PP und 0,3 PP weniger als im Januar.

Die jüngsten Einschätzungen zur Entwicklung der Weltwirtschaft und ihrer regionalen Komponenten seitens IWF und die Revisionen gegenüber der Prognose aus dem Januar 2025 sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Auf OECD-Zahlen wird wie oben erläutert ausnahmsweise verzichtet.



TABELLE 1: ÜBERSICHT ÜBER WACHSTUMSPROGNOSEN UND DEREN REVISION

	IST (IWF)	IWF-Projektion (April 2025)		Veränderung der IWF-Projektion (ggü. Januar 2024)	
		2024	2025	2026	2025
Welt	3,3	2,8	3,0	-0,5	-0,3
Industrieländer	1,8	1,4	1,5	-0,5	-0,3
USA	2,8	1,8	1,7	-0,9	-0,4
Eurozone	0,9	0,8	1,2	-0,2	-0,2
<i>Deutschland</i>	-0,2	0,0	0,9	-0,3	-0,2
<i>Frankreich</i>	1,1	0,6	1,0	-0,2	-0,1
<i>Italien</i>	0,7	0,4	0,8	-0,3	-0,1
<i>Spanien</i>	3,2	2,5	1,8	0,2	0,0
Japan	0,1	0,6	0,6	-0,5	-0,2
Großbritannien	1,1	1,1	1,4	-0,5	-0,1
Kanada	1,5	1,4	1,6	-0,6	-0,4
Schwellen- und Entwicklungsländer	4,3	3,7	3,9	-0,5	-0,4
<i>China</i>	5,0	4,0	4,0	-0,6	-0,5
<i>Indien*</i>	6,5	6,2	6,3	-0,3	-0,2
<i>Russland</i>	4,1	1,5	0,9	0,1	-0,3
<i>Brasilien</i>	3,4	2,0	2,0	-0,2	-0,2
<i>Mexiko</i>	1,5	-0,3	1,4	-1,7	-0,6
<i>Argentinien</i>	-1,7	5,5	4,5	0,5	-0,5
<i>Südafrika</i>	0,6	1,0	1,3	-0,5	-0,3
<i>Nigeria</i>	3,4	3,0	2,7	-0,2	-0,3
Lateinamerika und Karibik	2,4	2,0	2,4	-0,5	-0,3
Subsahara-Afrika	4,0	3,8	4,2	-0,4	0,0

Quelle: IWF World Economic Outlook (April 2025)

*Angaben für Indien beziehen sich auf Haushaltsjahre (jeweils von Anfang April bis Ende März)

Konjunkturtermine

JUNI 2025

05.06.2025	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im April 2025
06.06.2025	Produktion im Produzierenden Gewerbe im April 2025
13.06.2025	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Juni 2025“

JULI 2025

04.07.2025	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Mai 2025
07.07.2025	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Mai 2025
14.07.2025	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Juli 2025“

AUGUST 2025

06.08.2025	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Juni 2025
07.08.2025	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Juni 2025
13.08.2025	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im August 2025“

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)
Öffentlichkeitsarbeit
10100 Berlin
www.bundeswirtschaftsministerium.de

Stand

Mai 2025

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 81541 München

Bildnachweis

Titel, S. 3, 8: iStock/tommy
S. 2: BMWE/Chaperon
S. 14: iStock/gorodenkoff
S. 19: iStock/Galeanu Mihai

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bundeswirtschaftsministerium.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.